Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Der Volksfreund. 1901-1932
# 1919

23 (28.1.1919)

Visual Library

No. 23. Karlsruhe, Dienstag den 28. Januar 1919. 39. Jahrg.

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼ jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1.35 M bezw. 3.90 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 25 ₰, zuzügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluß ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

## Wir protestieren . . .

* Karlsruhe, 28. Jan.

Auch wir protestieren. Wenn wir uns auch manches Kritische darüber denken müssen, wie es zu der schlechten Behandlung Deutschlands durch die Entente gekommen ist, so verurteilen wir ebenso entschieden wie alle anderen Parteien die unerbittliche Art der französischen Machthaber, unsere Wehrlosigkeit zur Beraubung unseres Landes und zur letzten Blutausquetschung unseres wirtschaftlichen Organismus zu mißbrauchen. Wir wollen mit den anderen Parteien eine gemeinsame Front gegen die sadistische Boshaftigkeit französischer Rachgier und gegen die kalte Brutalität englischer Eroberungslust errichten. Wir tun es gerne, überzeugt davon, daß ein Zusammenstehen ganz Deutschlands immer noch ein moralisches Gewicht bei unseren Feinden in die Wagschale werfen kann. Eine solche Demonstration, die Mann an Mann den Franzosen und Engländern zeigt, daß dieses zerspaltene, in Revolutionskrämpfen sich windende Deutschland doch noch die Kraft zu einer Gemeinsamkeit findet, wenn ihm gemeinsames Ungemach zugefügt werden soll, eine solche Demonstration wird den Feinden wohl zu denken geben, ob ihr Verhalten sich nicht zu einer Zeit rächen könnte, da die geschichtliche Konjunktur ihnen nicht mehr gestattet, uns mit gesammelter Autorität gegenüberzutreten.

Wir nehmen an, daß auch das Zentrum diese Einheitsfront will, zum mindesten das Zentrum, welches Samstag Abend unter der Leitung Dr. Schofers protestierte. Wie aber in drei Teufels Namen konnte es angesichts dieses Vorhabens Dr. Schofer unternehmen, die Revolution mit der Jauche konservativ-antisemitischer Verleumdungen zu bespritzen? Wie konnte es ihm einfallen, von der Revolution zu behaupten, sie sei der Dolch gewesen, der in den Rücken unserer Heere fuhr? Wie konnte er unter der Etikettierung des größten Verbrechens der Weltgeschichte von der Revolution eine Darstellung geben, als ob sie eigens gemacht sei, um Deutschlands Kampfkraft zu lähmen? Der Beifall jetzt freilich auf solche Anrüchte in Zentrumsversammlungen immer sehr stark ein, besonders wenn so viel politisch unerfahrenes Frauenvolk da ist wie in der Protestversammlung vom Samstag. Aber ein Dr. Schofer sollte denn doch den Heroismus aufbringen, auf den Beifall von Leuten, die derartigen Verleumdungen zujubeln, in größter Seelenruhe zu pfeifen. Das in Varanthese und zur Sache selbst ist Folgendes zu sagen. Wüßte man nicht aus unmittelbarstem heißblütigstem Miterleben jener furchtbaren Novembertage den wirklichen Hergang der kriegerischen und politischen Ereignisse; würde nicht schon die chronologische Feststellung: Ende Oktober Annahme der feindlichen Waffenstillstandsvorschläge, 5. bis 7. November Waffenstillstandsverhandlung der deutschen und ententistischen Kommission im Walde zu Compiègnes, neunter November Revolutionstag in Deutschland den Beweis in sich enthalten, daß die Revolution dem verlorenen Krieg folgte, so wäre es von vornherein klar, daß es gar nicht so sein kann, wie Dr. Schofer behauptet. Eine **künstlich von ein paar oder ein paar hundert Verschwörern hervorgebrachte** Revolution, das wäre dasselbe wie eine Explosion ohne Sprengstoff oder eine Konkursliquidation ohne Bankerott. Revolutionen sind keine Machwerke, sie sind die mit der Kraft einer lange zurückgehaltenen Stauungsbewegung erfolgenden Abwerfungen verkrachter Regierungssysteme. Im Kriege verkrachte der Wilhelminisch-Ludendorffsche Militärsystem, die Revolution beseitigte ihn. — Ein Mann wie Dr. Schofer ist Geschichtskenner und geschichtsphilosophischer Kenner genug, um diese Verhältnisse zu durchschauen. Die Wahl ist vorbei, die Stimmenabgebung gegenüber der Sozialdemokratie hat keinen Zweck mehr. Warum sucht er verleumderisch die Revolutionäre an den schmählichsten Schandpfahl zu stellen, den die Geschichte errichtet hat? Sehr einfach. Das Zentrum von der Richtung Schofer-Trunk hat einen zu großen Narren an dem alten Regierungssystem gefressen. In Gedanken und Sehnsucht tanzt es gar zu gerne mit ihm eine Extratour, während es einmal über das andere versichert, daß es „auf dem Boden der neuen Verhältnisse" stehe. Und da haben wir die Furcht, daß uns der Dolch in den Rücken fährt, wenn wir mit Leuten eine Einheitsfront bilden, die der Revolution innerlich so spinnefeind gegenüberstehen.

Das Heimweh der Herren Dr. Schofer und Trunk nach dem alten System sendet verzweifelte Notschreie hinaus. An Wilson erscholl der Ruf: Schone, schone, schone unseren Kaiser und vom deutschen Volk wird nichts mehr und nichts weniger verlangt, als daß es sich der Auslieferung des Flüchtlings von Amerongen an die Entente mit demonstrativer Energie widersetze.

Zunächst: Was könnte, was sollte Deutschland für Wilhelm tun, wenn die Entente auf die Durchführung des Prozesses gegen ihn besteht? Eine wunderschöne Note könnte es allerfalls riskieren. Es könnte erklären: Nur über unsere Leiche führt der Weg zu dem gestürzten Herrscher. Derweilen diese Erklärung abgegeben wird — von wem weiß man freilich nicht und in wie vieler Leute Namen erst recht nicht — derweilen bewegt sich vielleicht ein französischer Leutnant mit zehn Mann — so grausame Späße des Gegensatzes liebt die Weltgeschichte — der holländischen Grenze zu und nimmt den Ausgelieferten zum weiteren Transport in Empfang. Du lieber Gott, der Himmel ist hoch, Woodrow Wilson ist weit und in Deutschland würde darum kein Mensch, auch Trunk und Schofer nicht sterben. Der Spott der feindlichen Welt aber hätte einen dankbaren Stoff und wir hätten den gehörigen Schaden dazu. Für wen setzt ihr in Deutschland euch mit solcher Wucht ein? würde die Entente verwundert fragen. Unsere Autorität würde bis zu einem Maße sinken, daß wir sie den allerwichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes nicht mehr zugute kommen lassen könnten. Woodrow Wilson dürfte dann vielleicht sehr schweigsam werden, sich aber desto mehr dabei denken. Ohne Frage bewegten sich seine Gedanken in dieser Richtung: Zuerst macht ihr Deutschen Revolution, jagt eure regierende Despotensippschaft in der Erkenntnis des Fluches davon, den sie über euch gebracht hat, dann bekundet ihr eure Gesinnungserneuerung mit einer Nationalwahl, deren Ergebnis sich vor modernen Menschen sehen lassen kann und am Ende bettelt ihr doch um Schonung desjenigen, der euer Oberdespot war. Ein tiefes Mißtrauen würde ihn gegen unser demokratisches Republikanertum erfassen und keine Hand würde er mehr rühren, wenn der Stiefelabsatz der Clemenceaus und George zermalmend über uns hinwegginge.

Auch wir vergessen den menschlichen Standpunkt nicht und wir übersehen nicht, daß der Vorschlag Schofer-Trunk aus dem Fonds vornehmer Gesinnung und echter Menschengüte kommt. Davor ziehen wir den Hut. In diesen Zeiten tut es einem ordentlich wohl, einer Handlungsweise zu begegnen, die **nicht nur** aus der Tiefe der Bestialität und des Ausrottungswillens fließt. Für die Feindschaft außerhalb und innerhalb des Landes gilt das. Aber wenn wir diese Humanität jemandem zugute kommen lassen wollen, wenn wir das ganze deutsche Volk dafür engagieren wollen, sich für den ehemaligen Kaiser einzusetzen, unter dem Risiko, verlacht, verachtet, zurückgewiesen zu werden, dann muß doch der also Protegierte selbst ein gewisses Quantum von dieser Qualität bewiesen haben. Wilhelm II.? Hm! Nun, wir verstehen uns ja. Er hinterläßt manche Erinnerung, aber . . . Als ein nervöser, dilettantischer Prahlhans und Fatzelhans, der gerne ein wüster Thronn sein wollte, hat er unter uns gelebt, als skrupelloser Ausreißer hat er sich unserer Einflußsphäre entzogen. Kein gewöhnlicher Deserteur; ein Ausreißer unter pikanten Umständen. Nicht Worte der Verachtung genug und nicht harte genug konnte er für einen armen Rekruten finden, der vor den Schändereien hundsföttischer Vorgesetzten Schutz im einlagerwährenden Nachbarstaat suchte. Seinen Manöverausfertbolt in der Schweiz anno 1912 hat er dazu benutzt, um **chikanöse Bestimmungen gegen die Deserteure** bei den Schweizer Behörden durchzusetzen. Während des Krieges unter all den vielen Reden nicht ein sympathisches Wort als Zeuge dafür, daß in diesem Menschen so etwas wie Menschenliebe und Mitleid wohnt. Er redete, redete und redete immer wie der Häuptling eines Völkerwanderungsstammes, nach dem Schema: „Denn was er spricht ist Schrecken und was er schreibt ist Blut." Dazu die alte polternde Heroenmachäferei irgend eines Hans Brüsser von einem Schmierentheater rückständigsten Ranges: „Ganz Deutschland hat jetzt zum Schwert gegriffen, auch ich ziehe mein Schwert (zieht das Schwert) und ich schwöre euch, daß ich es nicht wieder in die Scheide stecken werde, bevor ich einen ehrenvollen Frieden erkämpft habe." (Ansprache an ein abziehendes Brandenburger Regiment.) „Sollte es je dahin kommen, daß das Kriegsglück sich gegen uns wendet, dann werde ich an der Spitze eines Regimentes in die Schlacht reiten und einen ehrenvollen Tod suchen. (Ansprache an das 125 Regiment zwischen der zweiten und dritten Offensive 1918.) Er hat den Teufel an die Wand gemalt, der Teufel kam, aber selbst der war nicht stark genug, um diesen allezeit großsprechenden Vielversprecher beim Wort zu halten. „Evadit, erupit, excessit" wie der selige Cicero sagte. Er ist entwichen, er ist ausgekniffen, er hat sich aus dem Staub gemacht. Protzig bis zur letzten Galgenstrosse, feig in dem ersten Moment der Gefahr!

Und nun, Herr Dr. Schofer und Herr Trunk fragen Sie nicht die protestfrohe Zentrumsversammlung vom Samstag, ob sie Wilhelm vor der Entente schützen wolle. **Fragen Sie alle die Soldaten, welche vom Kriege her einen rauhen Hauch verspürt haben.** Wie viele Bataillone glauben Sie zusammenbringen zu können? Schön, die Soldaten sind Partei. Aber fragen Sie Einen, der nicht Partei und gewiß nicht Partei gegen Wilhelm II. ist: wir meinen die für Sie maßgebendste und für uns sehr gewichtige Instanz, fragen Sie den ehrwürdigen Papst Benedikt XV. Auch er, der so schmählich von Wilhelm und seiner Klique hintergangene Mann würde, falls er nicht ganz aus dem Lebens- und Sittlichkeitsmilieu: „Denn siebenzig mal sieben vergib" seine Entscheidungen trifft, die rettende Hand von dem letzten Hohenzollernherrscher abziehen.

Alles in allem: Einheitsfront gegen die Herausforderungen der Entente Ja. Aber diese hier dargelegten Vorbehalte müßten unsere innerpolitischen Gegner doch wohl respektieren.

o-n.

---

## Friedenskonferenz.

**WTB. Paris, 26. Jan. Amtlich. Diplomatischer Situationsbericht. — Die Friedenskonferenz hielt am Samstag Nachmittag die zweite Sitzung ab. Sie hörte interessante Ansprachen von Wilson, Lloyd George und Leon Bourgeois, die im allgemeinen den Grundsatz des Völkerbundes billigten. Es entspann sich hierauf eine lange Diskussion, in deren Verlauf die meisten Vertreter der kleinen Staaten um eine stärkere Vertretung in den Kommissionen ersuchten. Clemenceau wies ihnen mit der ganzen Autorität eines alten Parlamentariers nach, daß die Notwendigkeit einer raschen Lösung der Probleme die eingeschlagene Arbeitsmethode verlange. Außerdem könne jedes Land über die es interessierenden Fragen sich Gehör verschaffen. Schließlich wurde die Sitzung aufgehoben und auf Montag vertagt.**

### Eine Ansprache Wilsons.

**WTB. Paris,** 25. Jan. Reuter. Präsident Wilson hielt heute in der Friedenskonferenz eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Ich betrachte es als ein besonderes Vorrecht, daß ich die Erörterungen der Konferenz über den Völkerbund eröffnen kann. Wir versammelten uns zu zweierlei Zwecken, um die gegenwärtigen Vereinbarungen zu treffen, die durch den Krieg notwendig geworden sind, und auch um den Frieden der Welt nicht nur durch die jetzigen Vereinbarungen, sondern auch durch Abmachungen zu sichern, die wir auf der Konferenz zur weiteren Aufrechterhaltung des Friedens treffen. Der Völkerbund erscheint mir notwendig für beide Zwecke. Ich kann ohne Uebertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen, sondern der Völker sind. Es genügt nicht, irgendwo die Regierungskreise zufrieden zu stellen, es ist nötig, daß wir die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufrieden stellen. Der Krieg hat in ungeheurem Maße die Bevölkerung aller davon betroffenen Länder in Mitleidenschaft gezogen. Ich brauche vor Ihnen nicht das Bild zu entwerfen, wie die Lasten des Krieges an der Front auf die Schultern der Greise, Frauen und Kinder in den Häusern der zivilisierten Welt zurückschlugen. Und wie der wirkliche Druck des Krieges zur Auswirkung da kam, wohin die Augen der Regierung nicht reichten, wo aber die Herzen der Menschheit schlugen. Nun bitten diese Menschen, eine Frieden zu schließen, der sie schützt. Wir haben daher die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht und daß der Frieden gesichert wird. Dies ist der Hauptzweck unserer Zusammenkunft. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten daran weniger interessiert als die anderen hier versammelten Nationen, da es bei ihnen weniger als bei den vielen anderen Nationen wahrscheinlich ist, daß sie unter eine feindlichen Angriff leiden werden. Der Eifer der Vereinigten Staaten entspringt nicht der Furcht und dem Argwohn, sondern ihren Idealen. Die Vereinigten Staaten würden das Gefühl haben, nicht an der Garantie für diese europäischen Verhandlungen teilnehmen zu können, wenn diese Garantie nicht die dauernde Ueberwachung des Weltfrieden durch die assoziierten Nationen der Welt einschließt. Daher müssen wir den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen, nicht zu einer formellen Angelegenheit, zu einer Gelegenheitssache, zu einem Ding, das manchmal ins Leben gerufen wird um dringenden Anforderungen zu genügen, sondern zu einem Wesen, das allzeit tätig ist, um die Interessen der Nationen zu überwachen, und dessen Fortbestehen notwendig ist. Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit. Das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes. Dem Genüge tun, heißt nicht nur das Vertrauen, das einer in einen gesetzt hat, rechtfertigen, sondern auch den Frieden errichten. Ich glaube, meine Herren, Sie können sich die Gefühle und die Absichten der Vertreter der Vereinigten Staaten, mit denen sie diesen großen Plan für den Völkerbund unterstützen, vorstellen. Wir betrachten ihn als den Grundstein des ganzen Programms, in dem unsere Absichten, unsere Ideale in diesem Kriege zum Ausdruck gelangen, und als etwas, was die assoziierten Nationen als Grundlage für die Regelungen angenommen haben. Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren würden, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Zorn unserer Mitbürger zuziehen, denn sie bilden eine große demokratische Gemeinde, erwarten, daß ihre Führer ihre Gedanken aussprechen und nicht ihre eigenen Privatziele verfolgen, erwarten, daß ihre Vertreter ihre Diener sind. Sie können daraus sehen, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten aus diesem Grunde niemals in Verlegenheit darüber gebracht werden, welchen Weg sie als den zweckmäßigsten einschlagen wollen, weil sie für sich unabänderliche Grundsätze festgelegt haben.

### Der Friede und die Arbeiter.

**WTB. Paris,** 26. Jan. Henderson kam hier gestern auf Wunsch der britischen Regierung aus Bern an, um sich mit Barnes, Thomas und drei Delegierten des Gewerkschaftskongresses über die internationale Gesetzgebung zu beraten. Henderson erklärte bei einem Interview, er hoffe, daß er zur Zeit der Eröffnung der Arbeiterkonferenz am 3. Februar wieder in Bern sein könne, wo sowohl die Alliierten wie die feindlichen Delegierten über die Methoden zur Erhaltung einer höheren Lebensführung in allen Ländern beraten würden, ohne die er den Ausbruch ernster Arbeiterunruhen für unvermeidlich halte. Er fügte hinzu, die Konferenz würde die Entschließungen über den Völkerbund und andere Fragen annehmen, die in angemessener Weise den Ausschüssen der Friedenskonferenz vorgelegt werden würden. Henderson äußerte sich noch in warmen Ausdrücken über die Haltung der britischen Regierung gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter.

# Badische Verfassung und Revolution.

Gr. **Karlsruhe**, 28. Januar.

Als im Vorjahre Baden in zeremonieller Weise aus Jubiläumsgewohnheit heraus das hundertjährige Bestehen einer Verfassung feierte, die ihm einst sein Fürst „schenkte", war es — bedauerlicherweise — den allerwenigsten der in monarchischen Traditionen dahinwandelnden Badenern bewußt, wie überlebt die alten Formen seiner „konstitutionellen" Verfassung im Verhältnis zur politischen Umwelt und noch viel mehr zum Zeitgeist waren. Daß jedoch die bereits herannahende stürmisch sich bahnbrechende Entwicklung mit einem Schlage all die feudalen Burgen und Zinnen unserer engeren und weiteren Heimat hinwegfegen würde, das war nur denen klar, die längst die tiefe Verstrickung des politischen Systems Deutschlands und seiner dementsprechend unzulänglichen Regierungen mit dem Unglück des deutschen Volkes erkannt hatten.

Mit dem Zusamenbruch des Systems war für jeden ehrlichen Demokraten die Notwendigkeit der sofortigen Neuschaffung einer Verfassung auf fortgeschrittenster Grundlage unter Mitwirkung des ganzen Volkes gegeben, um die faktischen Machtverhältnisse in Rechtsverhältnisse umzugestalten. In klarer Erfassung dieser Aufgabe veranlaßte die vorläufige badische Volksregierung sofort die Bildung einer Verfassungskommission, die der badischen verfassunggebenden Nationalversammlung gleich nach ihrem Zusammentritt die schon bekanntgegebenen zwei Vorentwürfe, Vorentwurf Dr. Glockner, Dr. Weill und Dr. Zehnter, und Vorentwurf Dr. Dietz vorlegte, dem sich ein Vorentwurf von der Siebener-Kommission der Soldatenräte Badens zugesellte.

In richtiger Würdigung der tatsächlichen Machtverhältnisse des zeitgenössischen politischen Empfindens und der realen Möglichkeiten stellte sich die vorläufige Volksregierung Badens im weitgehenden Maße auf den Boden des wissenschaftlich tiefgründigen Vorentwurfs des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Dietz, der damit eine für die Entwicklung unserer engeren Heimat eminent wichtige politische und historische Bedeutung erhält.

Ohne vorerst auf die Einzelheiten des vorliegenden Regierungsentwurfes einzugehen, muß anerkennend ausgesprochen werden, daß dieser in aller Kürze die demokratischen Verfassungsforderungen zusammenfaßt und damit, was das wesentlichste an einer Verfassung ist, die Möglichkeit gibt, die Gesellschaft auf organisch friedliche Weise dahin zu entwickeln, wohin sie die Ideen unserer Zeit führen wollen. Wenn dabei, abweichend vom Entwurf des Genossen Dr. Dietz unterlassen wurde, die Verfassung mit zuviel Einzelheiten der Gesetzgebung zu bepacken, so bedeutet dies in mancherlei Hinsicht vielleicht eine Erleichterung der Gesetzesmaschinerie, da es im Hinblick auf die gegenwärtige sich rasch überschlagenden Zeitverhältnisse nicht ganz untunlich ist, den sich widerstrebenden politischen Kräften einen freien Spielraum zu geben, bis die Verhältnisse festgelegt sind und sich bewährt haben.

Wenn allerdings der Entwurf Dr. Glockner usf. zur Stabilisierung der Verhältnisse eine Rückkehr zum Zweikammersystem nötig hält — zwischenzeitlich ist man ja wieder davon abgerückt — so liegt hierin eine völlige Verkennung unserer Zeitverhältnisse. In einer Zeit, wo das heute kreuzigt, was es gestern angebetet und morgen vielleicht anbetet, was es heute gekreuzigt, verrät es etwas mehr als Weltfremdheit und unterbewußte Rückwärtsorientiertheit, wenn versucht worden ist, auf diese Weise abgetragene Gewandungen neu aufgeputzt einzuschmuggeln.

Wenn jetzt Deutschland und die deutschen Bundesstaaten spät, zu spät darangehen, die Ideen von 1789 zu vollstrecken, so muß von vorn herein, wie es im Regierungsentwurf auch geschieht, all das ausscheiden, was als unecht, falsch, undemokratisch erkannt wurde. Diese Tatsache richtig erfassend, wird im Regierungsentwurf das badische Volk Quelle und Träger der Staatsgewalt, wird die Gesetzesgewalt ausgeübt durch Volksinitiative, Volksreferendum, Volksvertretung, wird das Ministerium gewählt und abberufen von der Volksvertretung, werden die staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener den modernsten demokratischen Gedanken angepaßt usf.

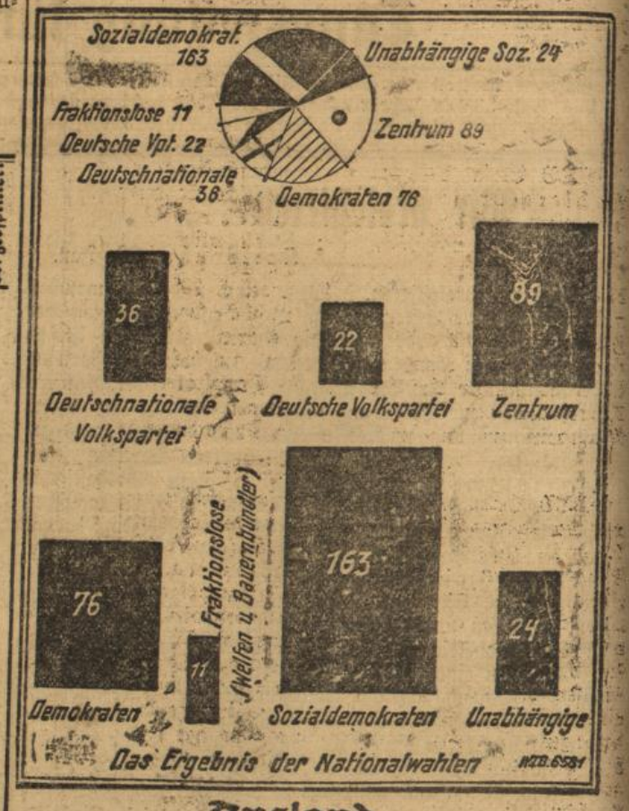
So, aber nur so und nicht durch Rückwärtsorientierung kann eine badische Verfassung geschaffen werden, die Dauer verspricht. Wir leben in einer revolutionären Epoche, die erfüllt ist von ungelösten Rätseln und ungekannten Problemen. Soll das badische Volk den Weg aus diesen Wirrsalen finden, dann muß die badische Verfassung der lichte Wegweiser sein, der eindeutsch und klar den Willen des Volkes zum präzisesten Ausdruck bringt. Damit aber ist die Möglichkeit geschaffen, über die Ideen von 1789 hinaus die Ideen von 1918 zur Verwirklichung zu bringen, die ihren Gedankenkreis herleiten von Marx und Lassalle, Jaurès und Macdonald und die hinüberführen über die verwirklichte Demokratie zum Sozialismus, zur Höchstentwicklung der Menschheit.

# Die Nationalwahlen.

## Verteilung der Mandate in den Wahlkreisen.

| Wahlort | Mandate | D.-V. | Z. | U.-S. | S. | D. Vp. | D. N. | Wilde | ungültig od. zersplittert |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Ostpreußen | 14 | 3 | 7 | — | 1 | 1 | 2 | — | — |
| 2. Westpreußen | 11 | 3 | 5 | — | 1 | — | 2 | — | — |
| 3. Berlin | 14 | 2 | 5 | 4 | 1 | 1 | 1 | — | — |
| 4. Potsdam | 10 | 2 | 5 | 1 | — | 1 | 1 | — | — |
| 5. Potsdam | 9 | 2 | 3 | 1 | — | 1 | 2 | — | — |
| 6. Frankfurt (Oder) | 8 | 2 | 4 | — | — | — | 2 | — | — |
| 7. Pommern | 11 | 2 | 5 | — | — | 1 | 3 | — | — |
| 8. Posen | 14 | 4 | 2 | — | 2 | 3 | 3 | — | — |
| 9. Breslau | 12 | 2 | 6 | — | 2 | — | 2 | — | — |
| 10. Oppeln | 15 | 1 | 5 | — | 8 | — | 1 | — | — |
| 11. Liegnitz | 8 | 2 | 4 | — | 1 | — | 1 | — | — |
| 12. Magdeburg-Anhalt | 11 | 3 | 7 | — | — | — | 1 | — | — |
| 13. Halle-Merseburg | 9 | 2 | 1 | 5 | — | — | 1 | — | — |
| 14. Schleswig-Holstein | 11 | 3 | 5 | — | — | 1 | 1 | 1 | — |
| 15. Aurich, Osnabrück, Oldenburg | 7 | 2 | 2 | — | 2 | 1 | — | — | — |
| 16. Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Braunschweig | 16 | 2 | 7 | 1 | 1 | 2 | — | 3 | — |
| 17. Münster, Minden | 13 | 1 | 4 | — | 3 | 1 | 1 | — | — |
| 18. Arnsberg | 16 | 1 | 7 | 1 | 5 | 1 | 1 | — | — |
| 19. Hessen-Nassau | 15 | 4 | 7 | — | 2 | 1 | 1 | — | — |
| 20. Köln, Aachen | 13 | 1 | 3 | — | 8 | 1 | — | — | — |
| 21. Koblenz, Trier | 12 | 1 | 2 | 1 | 8 | — | — | — | — |
| 22. Düsseldorf-Elberfeld | 12 | 1 | 3 | 2 | 4 | — | 2 | — | — |
| 23. Düsseldorf | 11 | — | 3 | — | 7 | 1 | — | — | — |
| 24. Oberbayern, Schwaben | 15 | 1 | 6 | — | 6 | — | — | B. 2 | — |
| 25. Niederbayern, Oberpfalz | 9 | — | 2 | — | 5 | — | — | B. 2 | — |
| 26. Franken | 15 | 3 | 5 | 1 | 5 | 1 | — | — | — |
| 27. Pfalz | 6 | 1 | 2 | — | 2 | 1 | — | — | — |
| 28. Sächsisch. Wahlkreis | 12 | 2 | 7 | — | — | 2 | 1 | — | — |
| 29. Sächsisch. Wahlkreis | 8 | 2 | 2 | 3 | — | — | 1 | — | — |
| 30. Sächsisch. Wahlkreis | 12 | 3 | 8 | — | — | — | 1 | — | — |
| 31.) 32.) Württemberg | 17 | 4 | 7 | — | 4 | — | 2 | 2 | — |
| 33. Baden | 14 | 3 | 5 | — | 5 | — | 1 | — | — |
| 34. Hessen | 9 | 2 | 4 | — | 2 | 1 | — | — | — |
| 35. Mecklenburg | 6 | 2 | 3 | — | — | — | 1 | — | — |
| 36. Thüringen | 14 | 4 | 5 | 3 | — | — | 2 | — | — |
| 37. Hamburg, Bremen | 12 | 3 | 6 | 1 | — | 1 | — | 1 | — |

g. **Zahlen beweisen.** Diese Tatsache dürfte auch der Bruchsaler Zentrumspartei einleuchten, trotzdem aber sucht sie ihr Mißgeschick bei der Reichsnationalwahl mit allen möglichen Rechenkunststückchen zu verschleiern. Alle möglichen Gründe müssen da herhalten, es wird der Verlust an Toten und Gefangenen und die noch anderorts stehenden Kriegsteilnehmer ins Feld geführt, als ob dieser Milderungsgrund nicht auch den übrigen Parteien zugute gerechnet werden könnte; denn schließlich wird selbst der Schreiber im „Boten" doch nicht daran glauben, daß die Toten und Gefangenen usw., wenn sie zurückgekehrt wären, ihre Stimme einzig und allein der Zentrumspartei zugeführt hätten? Daß bei den männlichen Stimmen das ledige und fremde Element überwiegend wäre, dürfte eitel Geflunker sein, denn wir wissen nur zu genau, daß auch das bodenständige Bürgertum von der schofen Politik des Zentrums nicht mehr viel wissen will und sich immer mehr von ihm abkehrt. Große Verwunderung rufen die weiblichen sozialdemokratischen Stimmen bei dem Artikelschreiber des „Boten" hervor, die überraschend groß wären. Ja, allerdings, darüber müßte man sich eigentlich wundern, wie es möglich war, bei der gemeinen und verlogenen religionshetze, daß es noch Frauen geben könnte, die nicht auf solchen Zentrumsschwindel hereingefallen sind. Von keiner Seite wurde der Wahlkampf in solch erbärmlicher Weise geführt, wie von seiten des Zentrums. „Die Religion ist in Gefahr", das war der Schlachtruf und jetzt hört man kein Sterbenswörtchen mehr. Die Religion ist nur bis zu einer der nächsten Wahlen nicht mehr in Gefahr. Bis dorthin wird man diesen guten Schlager in der Rumpelkiste verwahren. Zehen wird er allerdings auch dann wieder, denn die Dummen werden ja nicht alle.




# Ausland.

WTB. **London**, 27. Jan. Die alte Freiwilligen-Armee, welche früher bestand, und außerordentliche Taten vollbracht hat, besteht als militärische Organisation nicht mehr. An ihre Stelle ist eine gewaltige Armee von 3—4 Millionen Mann getreten. Anfangs während des Krieges auf der Grundlage der Freiwilligkeit, später auf der Grundlage der Wehrpflicht. Diese Armee befindet sich jetzt im Zustande der Demobilisation. Während vor 14 Tagen täglich etwa 8000 Mann in das bürgerliche Leben übergeführt wurden, wird jetzt die Zahl von täglich 30 000 Mann erreicht und wird bis kurzem sich auf täglich 40 000 Mann belaufen.

**Lissabon**, 27. Jan. Laut amtlicher Mitteilung ist das Kabinett zurückgetreten, um eine Spaltung der Kräfte zu vermeiden. Die Republikaner werden die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts fortführen. — Reuter erfährt amtlich: Am 23. Januar erklärte sich eine Anzahl von Einheiten der Garnison von Lissabon für die Royalisten und besetzten Stellungen auf den die Stadt beherrschenden Höhen. Sie wurden sofort umzingelt, geschlagen und es wurden ihnen die Geschütze abgenommen. Die republikanischen Truppen verfolgen die Fliehenden mit Reiterei. Die Regierung zieht Truppen zusammen, um in Oporto den Ausstand wenn möglich ohne Kampf zu unterdrücken.

WTB. **Kopenhagen**, 27. Jan. Der dänische Minister Stauning führte zu der nordschleswigschen Frage aus: Ueber 30 Jahre haben wir gegen die Einverleibung von Dänen in Deutschland protestiert und jetzt, wo das Unrecht aufhören soll, beginnt man auf dänischer Seite dafür zu agitieren, daß Dänemark deutsches Gebiet und deutsche Bevölkerung an sich nehmen

# Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Hast du noch viel Schmerzen darin?"

„Hm — manchmal recht heftige. 's scheint mit dem Wetter zusammenzuhängen. Der verdammte Kroat! Diese Kerls haben mehr Geschick als die Folter- und Steckenknechte. Im Nu hatte er den Stein von der Pistole und statt dessen meinen Daumen aufgeschraubt — ich sage dir, das wahnsinnige Geschrei ist nur ein geringer Ausdruck für solchen Schmerz! Und der Schuft hätt' es mit dem anderen ebenso gemacht, wenn nicht der Offizier, der noch eine Spur menschliches Empfinden im Herzen trug, mich von ihm befreit hätte!"

„Gott segne den Mann, Vater! 's ist in solchen Zeiten doppelt anzuerkennen, wenn einer noch als Mensch am Menschen handelt."

„Auch den schwedischen Trunk wollten die Schurken mir geben, wie meinem Jugendfreund, dem Pfarrer Stiller — bin, dem Himmel sei gedankt, der Gefahr noch glücklich entgangen."

„Armer, guter Vater! — Wirds nicht schon behaglich in der Stube?"

Er bejahte und nahm seinen Platz auf der Kiste wieder ein.

„Wenn wir nur mal wieder ein paar Bund Stroh auftreiben könnten", brummte er. „Der Estrich ist gar zu kalt."

Margarete bedeckte indessen die als Tisch benutzte große Kiste oder Truhe mit einem vielfach ausgebesserten aber sauberen Linnen, holte das Brot herein, fügte etwas Salz und zwei Zwiebeln hinzu und stellte mangels einer Schüssel den Topf mit der ohne Schmalz und Ei zubereiteten Grütze auf den Tisch. Vater und Tochter huben nun an zu essen; und ihr guter Appetit bezeugte, wie anspruchslos die Gaumen nach 21 Kriegsjahren geworden waren. Für sie war das eine Festmahlzeit — wie oft hatten sie völlig hungrig ihr hartes Lager aufgesucht, wie oft den unerträglich knurrenden Magen mit rohen Rüben vom Felde befriedigt! Und selbst der armselige Raum, den sie Stube nannten, erschien ihnen bereits als angenehmer, behaglicher Aufenthalt, obwohl der baufällige Ofen gegen den kalten Zug von außen nur ungenügend anzukämpfen vermochte und außerdem die geringen Wohltaten, die er der armen Familie erwies, durch eine Dosis Rauch wieder entwertete, die uns verwöhnten Modernen schon allein den Verbleib in der elenden Behausung verleidet hätte.

Nur einmal äußerte der Kantor, als er den Grützebrei mit einem Trunk Wasser aus dem neben ihm stehenden Holzbecher hinunterspülte, wie gut zu so fürtrefflicher Mahlzeit ein Schluck Bier munden würde.

„O, Bier", versetzte Grete lächelnd. „In ganz Kunitz wäre wohl zurzeit keine Kanne davon aufzutreiben."

„Ich weiß wirklich kaum mehr, wie es schmeckt", seufzte Burkhardt wehmütig. „Die Kanne kostet jetzt in Jena drei Groschen, indes wir es sonst für vier Pfennig — und weit besser — tranken."

„Ich sprach heute mit der Nöllerin darüber, Vater. Sie war heut' morgen in der Stadt. Denk nur, der Scheffel Korn kostet jetzt 10 bis 12 Gulden. Man bäckt Brot aus Haber und Kleie. Es ist keine Lüg, Vater, daß sich die armen Leute mit Wurzeln behelfen müssen und eine ganze Anzahl auf den Straßen und in den Häusern vor Hunger gestorben sind. Um ein totes Pferd reißen sich die Unglücklichen, sogar Gras und Laub haben sie zu essen versucht. Die Schweden haben wieder große Kontribution gefordert und alle nur einigermaßen tauglichen Pferde weggenommen."*)

„Da dürfen wir immer noch nicht klagen. Dein Brot schmeckt vortrefflich, Gretchen, wenn es auch aus Kleie anstatt wie sonst aus Mehl gebacken ist. Habe schon immer überlegt, Kind, ob wir nicht auch lieber, wie so viele andere, Zuflucht in der Stadt suchen sollten, — doch scheints, wir sind dort nicht besser aufgehoben als hier. Und so behalt ich doch immer noch eine Art Anspruch auf meinen Posten und die rückständigen Gelder. Der Friede muß ja doch endlich einmal kommen."

„Ich weiß gar nicht, was Friede ist, Vater. Ich kann gar nicht denken, daß es anders sein kann wie jetzt und jemals anders gewesen ist."

„Armes Kind! Ja, ja — bist geboren und groß geworden in all der Trübsal. Für dich wärs besser, wir wohnten in der Stadt — etwas mehr Sicherheit genössen wir doch. Stadt und Universität besitzen Schutzbriefe vom Kaiser sowohl, als den Schweden — werden leider vom gemeinen Soldaten schlecht respektiert."

„Gar nicht, sagte die Nöllerin."

Margarete deckte den Tisch ab. Der alte Mann lehnte sich gesättigt zurück. Mit zärtlichem Wohlgefallen hingen seine Blicke an der blühenden Erscheinung und ihren jugendlichen schnellkräftigen Bewegungen. War sie doch in der Tat ein anmutig Ding, hoch und gerade gewachsen, mit weißer Haut, langen, blonden Zöpfen und einem schönen sinnigen Ernst in den dunkelblauen Augen. Ein wenig blaß allerdings — und etwas schlanker, als ihre stattliche Gestalt es verhieß und es wohl unter günstigeren Umständen der Fall gewesen wäre — aber Jugendkraft bricht sich Bahn selbst bei Rüben und Kleiebrot. Jugendmut und die geheimnisvolle Hoffnung im Herzen bilden zu den Speisen einen gar gedeihlichen Zusatz.

(Fortsetzung folgt.)

*) Fast wörtlich nach Martin Schmeizels Jenaischer Stadt- und Universitäts-Chronik. Verlag von Bernhard Vopelius, Jena.

# Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Von der Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns vorliegend Nr. 8 des 29. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 15 ₰. Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 95 ₰; unter Kreuzband 1,45 ℳ.

**Die Nutzbarmachung der städtischen Abwässer.** Wie schon gemeldet, hat der Karlsruher Stadtrat schon vor geraumer Zeit einen Plan fertigen lassen zur Nutzbarmachung der städtischen Abwässer, die bekanntlich durch die Schwemmkanalisation dem Rhein zugeführt werden und so der Verwertung für die Allgemeinheit ver-

solle. Diese Bewegung ist nicht ungefährlich für Dänemark. Was dänisch ist, das soll auch dänisch werden und alle Pläne auf weitergehende Eroberungen müssen von denen zurückgewiesen werden, denen das Wohl Dänemarks am Herzen liegt.

**Verbot der Einwanderung nach Amerika.** Nach Meldungen aus Washington haben die Beratungen der Vorlage begonnen, durch welche die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten für die ersten vier Jahre nach Kriegsschluß verboten werden soll.

**Die unentwegt deutschenfresserischen Seeleute.** Der Geschäftsausschuß der englischen Seemanns- und Heizerunion hat beschlossen, eine aus Vertretern der Seemannsorganisationen der alliierten und neutralen Länder bestehende Konferenz einzuberufen. Sie soll über den Vorschlag beraten, den Seeverkehr mit Deutschland einzustellen und den Mittelmächten keine Lebensmittel zu liefern, bevor sie nicht eine ausreichende Schadenersatzsumme deponiert haben zur Unterstützung der Familien solcher Seeleute und anderer Personen, die durch den Ubootkrieg getötet wurden oder in feindlichen Ländern interniert sind. Havelok Wilson wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt.

# Deutsches Reich.

### Das Wahlergebnis von Berlin.

WTB. **Berlin,** 27. Jan. Die bis jetzt für Berlin bekannten Wahlergebnisse für die preußische Landesversammlung zeigen, nach dem „Vorwärts", für 44 von 48 Abteilungen folgendes Stimmenverhältnis: sozialdemokratische Liste Hirsch 810 811, unabhängige sozialdemokratische Liste Hoffmann 245 043, deutschdemokratische Liste Troelsch 130 811, deutschnationale Liste Kaufmann 89 145, christliche Volkspartei Liste Faßbender 50 282, Deutsche Volkspartei Liste Garnisch 45 444. Voraussichtlich entfallen somit auf die Sozialdemokraten 8, die Unabhängigen 6, die Demokraten 3 und die Deutschnationalen 2 Abgeordnete, ferner auf die Deutsche Volkspartei und das Zentrum je ein Abgeordneter.

### Sozialisierungs-Kommission.

WTB. **Berlin,** 25. Jan. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat in einer Ansprache an die Presse (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 1919) seine Stellung in der Frage der Sozialisierung dahin präzisiert, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei und daß diese Institution mit zu den weitgehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort Sozialisierung nichts weiter sei, als eine neue Form für sonst nicht zu rechtfertigende Lohnforderungen. Die Sozialisierungskommission hat sich mit dem Rat der Volksbeauftragten in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob diese Auffassung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts mit derjenigen der Volksbeauftragten übereinstimmt. Von der Entscheidung der Volksbeauftragten werden die Entschlüsse der Sozialisierungskommission dann abhängen.

### Eine würdelose nationalliberale Leistung.

WTB. **Berlin,** 27. Jan. Die Deutsche Volkspartei hat zum Geburtstage des Kaisers folgendes Telegramm abgesandt: An Seine Majestät den Kaiser Wilhelm II. Amerongen (Holland). Eurer Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum 60. Geburtstag ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Sie würdigt in Dankbarkeit die Arbeit, die Eurere Majestät gemäß dem Ausspruch „Kaisertum ist Dienst am deutschen Volke" in mehr als 30jähriger Arbeit für das Deutsche Reich und Volk geleistet haben. In Erinnerung an die ersten Worte des alten nationalliberalen Parteiprogramms" unverbrüchliche Treue für Kaiser und Reich" gedenken wir der großen Zeit, die Deutschland und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durchlebt haben. Wir wünschen Euerer Majestät von ganzem Herzen eine friedlichen Lebensabend und bitten, davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter den neuen Verhältnissen und auf neuer Grundlage des Staatslebens stets das Bekenntnis zum monarchistischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königtums wenden werden. (gez.) Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Oberpräsident Dr. von Richter, Dr. Stresemann.

WTB. **Berlin,** 27. Jan. Scheidemann, der in Berlin und Kassel in die deutsche Nationalversammlung gewählt ist, hat für Kassel angenommen. An seine Stelle rückt in Berlin Eugen Ernst.

WTB. **Beuthen,** 27. Jan. Obwohl für heute eine vollständige Wiederaufnahme der Arbeit erwartet wurde, befinden sich immer noch 27 von 46 oberschlesischen Gruben im Ausstand.

WTB **Wilhelmshaven,** 27. Jan. **Die Spartakisten haben hier das Standrecht verhängt und besetzten die Reichsbank und die Stationskasse, sowie das Offizierkasino, in dem sich der Arbeiter- und Soldatenrat befindet. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt.**

# Aus der Partei.

**Quittung für den Wahlfond der Sozialdemokratischen Partei.** Für den Wahlfond des 3. Kreises zu den bad. Nationalwahlen gingen weiter ein:

Letzte Quittung 10 792,09 ℳ. Liste Nr. 296: 96,50 ℳ; Nr. 297: 24,30 ℳ; Nr. 298: 79,95 ℳ, Nr. 299: 27,50 ℳ; Nr. 658: 8,70 ℳ; Nr. 659: 13 ℳ; Nr. 1062: 5 ℳ; Nr. 1063: 6,70 ℳ; Nr. 1064: 54,78 ℳ; Nr. 412: 38 ℳ; Nr. 413: 27 ℳ; Nr. 890: 14 ℳ; Nr. 891: 22 ℳ; H. S. 10,10 ℳ; A. M. 1 ℳ; Zusammen 11 220,62 ℳ.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund", sowie der Parteisekretär A. Adele, Wilhelmstraße 47. Telephon 2300.

**Durlach,** 27. Jan. Wir machen auch an dieser Stelle auf die morgen Mittwoch abend im „Lamm" stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins aufmerksam. Es gilt, die Erfolge, die wir bei den beiden Nationalwahlen errungen haben, durch den Ausbau unserer Organisation zu vervollständigen; es ist dies umsomehr notwendig, als wir in Bälde einen weiteren Wahlkampf zu bestehen haben, die Gemeindewahlen. Darum, Genossinnen und Genossen, stellt euch in die Reihen der Organisation, und erscheint in Massen in dieser Versammlung.

**Die Einigungsbestrebungen.** Eduard Bernstein hat in Gemeinschaft mit einigen andern Unabhängigen und Mehrheitssozialisten eine Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie gegründet, die einen neutralen Mittelpunkt für beide Richtungen bilden und das Einigungswerk durch Vorträge und Flugschriften fördern soll. Der „Vorwärts" erklärt demgegenüber, daß das Organ der Unabhängigen, die „Freiheit", sich die Einigung immer so vorstellte, daß sechs Siebentel des sozialistischen Proletariats die vernünftige Politik der Mehrheitspartei verlassen und dem siebenten Siebentel auf seinen verschlungenen Wegen folgen solle. Wenn die Einigung gelingen solle, so müsse die kleine Minderheit den Versuch, das Ganze zu kommandieren, aufgeben und sich in das große Ganze nach demokratischen Grundsätzen einordnen.

# Soziale Rundschau.

**Freigabe der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.** Zur Besserung der Finanzlage der Krankenkassen, namentlich um ihnen die ungestörte Fortzahlung der Regelleistungen zu ermöglichen, hebt eine Verordnung der Reichsregierung vom 18. d. M. die §§ 1 und 2 des Notgesetzes vom 4. August 1914 auf und stellt die einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wieder her. Die Kassen können daher jetzt wieder Beiträge bis zu 6 v. H., statt wie bisher nur bis 4½ v. H., des Grundlohnes erheben und der entsprechende Beschluß kann, soweit es sich um die Bestreitung der Regelleistungen handelt, ohne getrennte Abstimmung der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Kassenorganen gefaßt werden.

# Kommunalpolitik.

**Lahr,** 26. Jan. Die Stadtverwaltung hat die Wiederaufnahme von regelmäßigen Theatervorstellungen im Stadttheater beschlossen. Für das Ensemble sollen hauptsächlich Mitglieder des Kolmarer Stadttheaters in Frage kommen.

* **Freiburg,** 26. Jan. Der Bürgerausschuß hat die Erhöhung des Gaspreises von 20 auf 28 Pfg. für den Kubikmeter und bei Gasautomaten auf 30 Pfg. genehmigt. Ferner hat er die Stadtverwaltung ermächtigt, eine Anleihe in Höhe von 15 Millionen Mark aufzunehmen

* **Mannheim,** 27. Jan. Nach dem Berichte des Arbeitsamtes hat der Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge in der Zeit vom 2. bis 14. Januar insgesamt 929 076 Mk. betragen. — Die hiesige Gartenvorstadtgenossenschaft beabsichtigt, im Käfertaler Wald bei der bestehenden Gartenstadt weitere 200 Wohnhäuser zu erbauen.

* **Mannheim,** 27. Jan. Die ungünstige Lage der städtischen Finanzen und die Ungewißheit über die wirtschaftliche Zukunft haben den Stadtrat veranlaßt, bei dem Voranschlag für das Nationaltheater erhebliche Ausgabenverminderungen vorzunehmen. So wurde der städtische Zuschuß um 88 000 Mk gekürzt und beträgt 737 594 Mk. Ferner hat der Stadtrat eine Minderung beim Orchester um 13 (von 73 auf 60 Personen) vorgesehen und die Nichtbesetzung einiger Stellen beim Personal der Oper wie des Schauspiels vorgesehen. Nur wenn der Staat den bereits beantragten Zuschuß zu dem Theateraufwand leistet, ist es möglich, die Kündigungen zurückzunehmen.

* **Heidelberg,** 26. Jan. Der Stadtrat teilt mit: Nach den von den einzelnen Kommissionen gemachten und vom Stadtrat nachgeprüften Feststellungen schließt der Hauptvoranschlag der Stadt Heidelberg des laufenden Jahres mit einer Ausgabe von 7 900 000 Mark ab. Die ungedeckten Aufwendungen zeigen dem Vorjahre gegenüber eine Zunahme von rund 2 200 000 Mk Diese außerordentliche Steigerung ist in erster Linie auf die bewilligten Teuerungszulagen sowie auf das Anwachsen der mit der Kriegsschuld zusammenhängenden Zinsenlast zurückzuführen. Zur Bewirkung des erforderlichen Ausgleichs ist es nicht nur nötig, die Einkommensbesteuerung stärker anzuspannen, sondern auch eine Reihe von Gebühren zu erhöhen. Außerdem wird es erforderlich, die Besteuerung des Weines und der Lustbarkeiten weiter auszubauen, sowie die Preise für Gas-, Wasser- und Strombezug zu erhöhen. Die allgemeine Umlage muß daher von 37 Pfg. auf 40 Pfg. erhöht werden.

**Stadtverordnetenwahlen in Leipzig.** Bei den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig am Sonntag erhielten die Unabhängigen 83, die Mehrheitssozialisten 6, die Demokraten 16 und die vier übrigen bürgerlichen Parteien 17 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 60 %.

# Politische Meinungsfreiheit im neuen Volksstaat.

Dr. H. Kampffmeyer.

Am 16. d. M. brachte der „Badische Beobachter" ein längeres „Eingesandt", das sich dagegen wandte, daß Dr. Knud Ahlborn, also ein Führer der Unabhängigen, vom Bad. Baubund angestellt sei und daß der „unter meiner geistigen Führung stehende" Baubund sowie der Landeswohnungsverein vorwiegend Norddeutsche beschäftige. In einer kurzen Erwiderung habe ich festgestellt, daß diese Angaben unrichtig sind. Immerhin ist mir dieser Anlaß wichtig genug, um einmal prinzipiell zu den her angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie haben wir uns zu der Beschäftigung Norddeutscher zu stellen? Müssen wir es ängstlich vermeiden, deutsche Volksgenossen, die außerhalb der gelbroten Grenzpfähle geboren sind, in badischen Betrieben anzustellen?

Ich frage zurück: hat das Zentrum dagegen protestiert, daß der Bayer Hertling in Berlin Reichskanzler wurde, oder die Fortschrittliche Volkspartei, als Bayer zur Regierung kam und Prinz Max? Ist nicht auch Baden jetzt in der Reichsregierung durch den Heidelberger Ebert vertreten? Wollen wir uns auch heute noch auf einen kleinlichen Kantönlistandpunkt stellen und bei der Beschäftigung eines Menschen immer in erster Linie noch dem Geburtsschein, nicht nach seiner Leistung fragen? Sollten wir uns in dieser schweren Zeit nicht mehr denn je zuvor in erster Linie als Deutsche fühlen und unter Zurückstellung alles Partikularismus und aller Eigenbrödelei, die schon soviel Unheil gestiftet hat, mit allen deutschen Brüdern, die guten Willens sind, Hand in Hand arbeiten, um auf den Trümmern des alten deutschen Reichs einen neuen besseren Volksstaat zu errichten?

Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten.

2. Nun zu der andern Frage. Sollen auch im neuen deutschen Volksstaat staatliche und andere verantwortungsvolle Stellen nur mit „Gutgesinnten" besetzt und die Angehörigen der in radikaler Opposition befindlichen Parteien davon ferngehalten werden? Soll also der ganze Fortschritt darin bestehen, daß im neuen Volksstaat die Unabhängigen geächtet werden anstelle der Sozialdemokraten, denen das im alten Obrigkeitsstaat beschieden war?

Bevor ich auf diese Frage näher eingehe, muß ich einige persönliche Bemerkungen einflechten, um Legendenbildungen zu verhüten. Als Angehöriger der sozialdemokratischen Partei bin ich ein entschiedener Gegner der Unabhängigen. Ich sehe die Politik, die sie seit der Revolution getrieben haben, als geradezu verhängnisvoll an. Sie haben teils bewußt, teils unbewußt dem gewalttätigem Vorgehen der Spartakusgruppe Vorschub geleistet und tragen infolgedessen Mitschuld an den fürchterlichen Vorgängen in Berlin.

Daneben kann ich nicht zugeben, daß die Zugehörigkeit zu dieser Partei einen persönlich achtungswerten Menschen unwürdig machen soll, eine verantwortungsvolle Stelle zu bekleiden. Wie ich bereits festgestellt habe, ist Dr. Ahlborn nie für die Anstellung im Baubund oder Landeswohnungswesen in Betracht gekommen. Grundsätzlich vertrete ich jedoch den Standpunkt, daß in diesen Organisationen, wie in jeder andern verantwortungsvoll arbeitenden Stelle die Wahl der Angestellten **ausschließlich nach der persönlichen Eignung, nicht nach der Parteizugehörigkeit** erfolgen sollte.

Nun sucht man allerdings diese persönliche Eignung dadurch in Frage zu stellen oder zu leugnen, daß man Dr. Ahlborn als einen aus Norddeutschland hergesandten Agenten hinstellt, womöglich als einen, der mit russischem Gelde bezahlt wird. Diese Behauptungen sind falsch und werden dadurch nicht wahrer, daß sie in Zeitungen, Versammlungen und Gesprächen immer wiederkehren. Ich halte es für meine Ehrenpflicht, auch einem politischen Gegner gegenüber, das zu betonen. Ich weiß, daß Dr. Ahlborn nicht für seine Arbeit bezahlt wurde, im Gegenteil von seinen nicht allzugroßen persönlichen Mitteln erhebliche Aufwendungen für seine Partei gemacht hat, und daß er darüber hinaus auch andere größere persönliche Opfer auf sich lädt. Für die Wahrheit dieser Angaben stehe ich ganz ein.

Nun komme ich auf die Frage zurück: Muß ein politischer Gegner, selbst wenn er unter schärfster Opposition steht, deswegen unwürdig sein, eine wichtige Stelle zu bekleiden und ist es statthaft, daß eine Organisation deshalb angegriffen wird, weil sie die politische Ueberzeugung ihrer Angestellten achtet. Verlangt nicht das Zentrum selbst in seinem Wahlprogramm, daß niemand wegen seiner politischen Ueberzeugung von einer Staatsstellung ausgeschlossen werden soll?

Ich meine, wir sollten uns im neuen deutschen Volksstaat doch allmählich auch daran gewöhnen, im politischen Gegner nicht ohne weiteres ein minderwertiges Subjekt zu sehen, vielmehr uns bemühen, ihm menschlich gerecht zu werden. Wir sollen nicht immer niedere Beweggründe für diejenige Handlungsweise voraussetzen, deren Ergebnis einem nicht paßt. Wir alle, die wir selbst aus einer — oft schwer errungenen — Ueberzeugung heraus handeln, sollten auch die Ueberzeugung des andern, dann achten, wenn wir sie selbst aufs schärfste bekämpfen müssen. Mich dünkt, daß die seelische Erneuerung, die dem deutschen Volk mindestens ebenso nötig ist, als die wirtschaftliche und soziale, vor allem auch in der Veredelung unserer politischen Kampfsitten, zum Ausdruck kommen sollte. Es würden dadurch unnötige Reibungsflächen beseitigt und wertvolle Kräfte, die sich im Kampf gegeneinander verzehren, würden für die positive Arbeit frei, die uns jetzt nottut. Goethe hat einmal über dieses Thema sich etwa folgendermaßer geäußert: „Wenn wir die Menschen so behandeln, wie sie sind, denn machen wir sie schlechter, wenn wir sie aber so behandeln, als wären sie so, wie wir wünschten, daß sie sein sollten, dann machen wir sie besser." Dieser Erziehungsgrundsatz enthält auch eine politische Weisheit, der wir nachleben sollten.

# Baden.

### Die Beratungen der Verfassungskommission der badischen Nationalversammlung.

In der am Montag nachmittag fortgesetzten Beratung des Verfassungsausschusses setzte nochmals eine längere Debatte zu § 9 der Verfassung ein. Dieser Paragraph besagt: „Alle Badener sind vor dem Gesetze gleich. Vorrechte des Standes, der Geburt oder der Religion werden nicht anerkannt." Nach einem Antrag eines Vertreters des Zentrums soll ausdrücklich betont werden, daß Orden, Ehrenzeichen und persönliche Titel nicht mehr verliehen werden; derartige Verleihungen von anderen Staaten dürften nicht angenommen werden. Der erste Teil des Antrags wurde von der Kommission gegen 2 Stimmen angenommen und der § 9 dahin ergänzt, der zweite Teil des Antrags wurde abgelehnt.

---

gen gehen. Da die Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs immer stärker auf Vermehrung der eigenen Produktion hindrängt, hat der Stadtrat trotz ablehnender Haltung der Staatsbehörden diesen Plan zur Schaffung von Rieselfeldern und Rieselwiesen auf dem Hochgestade bei Teutsch- und Welschneureut aufs neue der Regierung zur Genehmigung vorgelegt, nachdem dessen Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit auch vom städtischen Landwirtschaftsamt bestätigt worden ist.

In den letzten Tagen hat dieser Plan insofern eine bedeutsame Aenderung erfahren, als der Stadtrat angeregt hat, die Rieselfelder nicht wie zuerst geplant, auf dem Hochgestade von Teutsch- und Welschneureut, sondern in nächster Nähe der Stadt unter Benützung des nördlichen Teiles des Exerzierplatzes und des nördlich daran angrenzenden Teiles des Hardtwaldes anzulegen. Für die Anlage von Rieselwiesen, die einen ungewöhnlich hohen Futterertrag versprechen, ist ein dem Schwemmkanal benachbarter Teil des Hardtwaldes bei Neureut vorgesehen. Daß durch baldige Inangriffnahme der Arbeiten ein großer Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden könnte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

### Jungvolk-Almanach 1919.

**Verlag:** Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 2 Mark.

Jugendorganisationen erhalten Rabatt.

Obwohl unser Jungvolk-Almanach, der soeben erschienen ist, naturgemäß auf die politischen Ereignisse der letzten Wochen noch nicht Bezug nehmen konnte — ein solches Buch wird ja in seinen Hauptteilen Monate vor der Ausgabe fertiggestellt —, so wird sein reicher Inhalt doch zweifellos auch diesmal wieder die Abnehmer zufriedenstellen. Gleich der einleitende, ausführliche Aufsatz „Sozialismus und Sozialdemokratie" von Karl Korn ist dazu angetan, dem jugendlichen Leser das Verständnis der gewaltigen revolutionären Bewegung, in der wir begriffen sind, zu erleichtern, insofern er den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie historisch und theoretisch entwickelt. Nachdem im vorigen Jahrgang Karl Marx, dessen hundertster Geburtstag in das laufende Jahr fiel, gefeiert worden, wird in diesem Jahr der andere große Vorkämpfer des Proletariats Ferdinand Lassalle, in Wort und Bild den Lesern durch Konrad Haenisch vorgeführt. Die äußere Geschichte der freien Jugendbewegung im letzten Kriegsjahr behandelt ein Aufsatz Richard Weimanns, während E. R. Müller (Magdeburg) in seinem Beitrag „Zum Aufstieg" den idealen Inhalt unserer Bewegung in reizvoller Form darlegt. Die Bedeutung, die Partei und Gewerkschaft für unsere jugendlichen Anhänger haben, bringt Wilhelm Sollmann den Lesern eindringlich zum Bewußtsein. Reiche Belehrung werden unsere Jugendgenossen auch in den Aufsätzen „Alt-Nürnberg" von Karl Bröger, „Sibirien" von Engelbert Graf und „Die deutschen Volksstämme" finden. Eine spannende Jugendhumoreske aus der Feder des Schweizer Dichters F. Kurz und sonstiger unterhaltender und kurzweiliger Stoff, dazu eine Anzahl wertvoller Gedichte von Barthel, Bröger, Lessen bringen auch in diesem Jahr in unsern Jugendkalender die bunte Abwechslung, die wir an ihm gewohnt sind — nicht zu vergessen die Fülle wertvoller Bilder, die besonders zu dem Aufsatz „Alt-Nürnberg" und dem künstlerischen Beitrag über den großen französischen Karikaturisten Honoré Daumier von Adolf Lehne beigegeben sind.

Ohne Zweifel wird auch in diesem Jahr die Auflage bald vergriffen sein. Die Jugendausschüsse tun deshalb gut daran, unverzüglich ihre Bestellungen aufzugeben.

# Aus aller Welt.

**Eine Fliegerleistung.** Fliegerleutnant Nogeß als Führer und Hauptmann Cole überflogen in der Nacht vom Samstag auf Sonntag mit seinem Flugzeug von 30 PS. das Mittelmeer. Die Flieger, die um 2 Uhr in Istres aufgestiegen waren, landeten um 7 Uhr auf dem Hippodrom von Hussein-Bei bei Algier. Sie stiegen Sonntagmorgen auf demselben Flugzeug in der Richtung auf Paris wieder auf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In § 10, der von den öffentlichen Leistungen der Badener handelt, wird mit 11 gegen 10 Stimmen der Passus „im Verhältnis der ihnen zu Gebote stehenden Mittel“ gestrichen. Eine sachlich interessante Debatte knüpfte sich an den § 11, der „die freie Bahn für alle Tüchtigen“ behandelt. Ein Antrag der Sozialdemokraten geht darauf hinaus, ausdrücklich eine Ergänzung des § 11 vorzunehmen, aus dem ganz klar auch für die Praxis hervorgeht, daß nur Tüchtigkeit und Würdigkeit den Ausschlag geben sollen bei Besetzung der Beamtenposten ohne Rücksicht auf examenmäßige Vorbildung, Lebens- und Dienstalter. Mit 15 gegen 6 Stimmen wurde diesem Antrag zugestimmt und der § 11 in diesem Sinne erweitert. Zugleich wurden zwei Zusätze angenommen: „Die Beamten führen nur die Amtsbezeichnung, die ihnen vermöge ihrer amtlichen Stellung zukommt. Früher verliehene persönliche Titel geben keinen dienstlichen Vorrang.“

### Eisenbahnerforderungen.

**WTB. Mannheim**, 26. Jan. Eine Eisenbahnerversammlung, von 2500 Beamten aus ganz Baden besucht, verlangt in einer Entschließung von der Regierung eine weitere Teuerungszulage von 500 Mark und stellt der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Ablehnung soll die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschließung spricht sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

* **Graben**, 26. Jan. Das vierjährige Kind Karl Scholl fiel von einem mit einem Pferde bespannten Wagen, dessen Räder dann über den Knaben weggingen. Das Kind war sofort tot.

* **Heidelberg**, 26. Jan. Nach dem „Heidelberger Tagblatt“ wurde der Privatdozent der Nationalökonomie an der hiesigen Universität, Dr. Friedrich Muckle, in das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge berufen.

* **Heidelberg**, 27. Jan. Die 19jährige Tochter der Oberstraßenmeisterswitwe Kuhn wurde in ihrer Wohnung von einer in Frauenkleidern steckenden Person überfallen, geknebelt und dem betäubten Mädchen dann die Zöpfe abgeschnitten. Als Täter kommt wohl ein verkleideter Mann in Frage der das Mädchen auch durch Messerstiche verletzte und ihm die Ohrringe abnahm.

**Mannheim**, 27. Jan. Die Ortsgruppe Mannheim des Reichsverbandes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hielt gestern nachmittag im Nibelungensaale eine von 5000 Personen versuchte Versammlung ab, in der Stadtpfarrer Rothenhöfer, Oberleutnant Schmidt, Minister Dietrich, Pfarrer Wettstein und Pfarrer Dr. Steinwachs Ansprachen hielten. Zum Schluße wurde eine Entschließung angenommen, in der die sofortige Freigabe der Gefangenen verlangt wurde.

* **Mannheim**, 27. Jan. Auf dem Anwesen der Firma Grosch und Linz, Großhandlung für Südfrüchte und Gewürze, brach Feuer aus. Der dadurch angerichtete Schaden ist groß.

† **St. Georgen** (Schwarzwald), 26. Jan. Fabrikant Christoph Heinemann hat zum Andenken an seinen im Herbst 1914 im Oberelsaß gefallenen Sohn 5000 Mark gestiftet, um es alljährlich einem nicht sehr bemittelten, aber fleißigen und tüchtigen Schüler der maschinenbautechnischen Abteilung der Baugewerkeschule in Karlsruhe zu ermöglichen, Studien am Deutschen Museum in München unternehmen zu können.

* **Kehl**, 26. Jan. Die „Kehler Zeitung“ erfährt, daß eine französische Gesellschaft beabsichtigt, demnächst das linke Rheinufer in Elsaß mit all seinen Stützpunkten nutzbar zu machen. Die Pläne des elsässischen Ingenieurs Köchlin seien der Verwirklichung nahe, nach denen ein Stauwehr bei Kembs errichtet werden soll. Auch die englische „Westminster Gazette“ befaßt sich schon in einem Artikel eines in London ansässigen Elsässers mit der Oberrheinfrage und bestätigt die Gründung einer französischen Gesellschaft zur Nutzbarmachung der Oberrheinwasserkräfte.

**Aufhebung der Verkehrsbeschränkung für Stückgut und Expreßgut.** Die Beschränkung des Eil-Frachtstückgut- und Expreßgutverkehrs auf [illegible] der Freiheit innerhalb Badens und im Wechselverkehr mit Württemberg ist stückweise aufgehoben.

**Zugunfall bei Walldürn.** Am 25. Januar abends wurde in Walldürn der Zug 12 bei der Ausfahrt irrtümlich in ein Stumpfgleis geleitet. Die Lokomotiven und der Gepäckwagen, der zugleich zur Kohlebeförderung mit e[illegible] stürzten über die Böschung hinunter. Der Lokomotivführer Stefan Staufert und der Lokomotivheizer Max Götz von Lauda wurden getötet. Der Heizerlehrling Albert Jung, ebenfalls von Lauda, wurde schwer verletzt und starb gestern vormittag. Der Oberpostschaffner Frank von Seckach erlitt eine Schulterquetschung. Zug 12 Walldürn-Miltenberg und der Gegenzug 13 Miltenberg-Seckach mußten ausfallen. Sonstige Verkehrsstörungen traten nicht ein. Die Reisenden blieben unverletzt.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

**Konzert Peischer. — Liederabend Johanna Körner.**

Einen hohen Genuß bot am Mittwoch abend im Eintrachtsaal seinen zahlreich erschienenen Hörern unser Konzertmeister Peischer vom Orchester des Bad. Landestheaters. Der Künstler dokumentierte durch sein ausgereiftes Spiel seine hohe Begabung. Sein Spiel ist ganz Seele, ganz Rhythmus, und, wo angebracht, von elegantester Brillanz und Bravour. Zu solch glänzendem Spiel befähigen ihn seine phänomenale Elastizität und die Breite, mit der er seinen Bogen führte. Plastisch trat die edle Männlichkeit seiner Auffassung hervor. Alles in allem: das musikalische Karlsruhe hat mit dem jungen Künstler eine Anziehungskraft gewonnen, die es wieder mal zur Hoffnung eines Aufschwungs aus einer Periode der Trivialität und Banalität zu einer solchen schwebenden Hochflugs berechtigt. Schon als Interpret der Klassiker zeigte Peischer in einem früheren Konzert seine Meisterschaft. Er bewies jüngst, daß er sie nicht minder auf dem Gebiet der Modernen besitzt. Die Wiedergabe des Bruchschen Adagio und von troppo ließen ihn als Beherrscher des breiten Melos glänzen. Peischers durchnervtes Spiel kam besonders bei der A-dur-Sonate des Belgiers Cesar Franck zu bester Geltung und charakterisierte treffend die ihr innewohnende blühende Romantik. Von den beiden dem Geiger gewidmeten Kusterer-Sächelchen hörte ich nur die reizende „Liebelei“; sie bot nichts, was einen neuen Zug des Künstlers aufwies. Dagegen zeigte das E-dur-Präludium des Altmeisters (und trotzdem Allermodernsten) Bach in einer Kreislerschen Bearbeitung, daß Peischer ein kühner Gestalter ist, der es versteht, die gewaltigen Blöcke Bachscher Gedankengänge zu Ton-Domen zu türmen, die trotz ihrer Ausmaße nicht der Lieblichkeit entbehren. Als wären es die herrlichen gotischen Türen mit ihrer Filigranarbeit.

Die Pflicht der Kritik verbot es mir, die Lalo-Symphonie, das Kreislersche Präludium und Allegro und Kusterers „Tändelei“ anzuhören, denn am selben Abend fand im Saal der „Vier Jahreszeiten“ noch ein anderes Konzert statt, das Johanna Körner im Verein mit Kammermusiker Trautvetter und Direktor Munz gab. Ich konnte nur noch die beiden Schlußnummern hören, die in mir den Eindruck wohlgediegener, aber spießbürgerlicher Hausbackenheit weckten. Warum man das Schubertsche „Im Abendrot“ und das schwache „Das Kraut Vergessenheit“ von Fielitz in einem Arrangement von R. Gabriel mit Cellobegleitung zum Besten gab, ist mir unerfindlich. Das Publikum war jedoch sehr zufrieden damit. Das übrige Programm läßt dagegen einen Schluß auf die musikalische Gediegenheit der Veranstalter des Konzerts zu.

Den Klavierpart in Peischers Konzert hat Mimi Kafelsberger übernommen. Sie überwand die zum Teil großen Schwierigkeiten (Cesar Franck!) spielend und trug an ihrem Teil viel dazu bei, Peischer die Folie zu geben, die seinem Können den Anlaß gibt, sich richtig abzuheben. Beide Künstler wurden wiederholt hervorgerufen, weshalb sie sich zur Dreingabe zweier Piecen herbeiließen, von denen die geradezu einzigartige Wiedergabe des bekannten herzigeinfachen Ständchens von Schubert starken Beifall auslöste.

Frim.

## Fliegeropfer und Bürokratie.

* **Karlsruhe**, 27. Januar.

Es muß noch einmal eine Revolution gemacht werden: das war der erste und einzige Eindruck, den man in der Versammlung bekam, in der am Sonntag nachmittag die Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer, die die verschiedenen feindlichen Fliegerangriffe auf die Stadt forderten, ihre Erfahrungen zur Sprache brachten und über die Mittel und Wege berieten, wie sie endlich zu ihrem Rechte kämen. Es muß nochmals eine Revolution gemacht werden, eine Revolution, in der nachgeholt wird, was am 9. November versäumt worden ist. Dort begnügte man sich mit der Absetzung und Beseitigung der Spitzen des Staates, man glaubte damit genug getan zu haben. Aber es war halbe Arbeit. Ganze Arbeit wäre es erst gewesen, wenn man auch die Amtsstuben ausgehoben hätte, jene muffigen Bürokratenlöcher, wo jene kaltherzigen, seelenlosen, brutalen Paragraphenmenschen ihre Schreibarbeit verrichten und sich ihre Pensionsberechtigung ersitzen. Da hätte man hineinfahren sollen mit Handgranaten und Maschinengewehren, damit jene kaltherzigen Egoisten wenigstens ein Mal in 4 Jahren erfahren hätten, daß Krieg ist. Und was damals versäumt worden, es muß nachgeholt werden, wenn nicht die so schwer errungene Freiheit wieder im Moderduft dieser Bürokratenstuben ersticken soll. Doch, lassen wir den unglücklichen, doppelt unglücklichen Hinterbliebenen jener Opfer selber das Wort.

Leiter der Versammlung war Schriftsetzer Friedr. Bönsel, der nach Begrüßung der in überaus großer Zahl Erschienenen, als Zweck der Zusammenkunft darlegte, daß, nachdem nun 3 Jahre verflossen seien seit dem großen Unglück am Fronleichnamstage 1916 und die Hinterbliebenen jener Opfer weder seitens der staatlichen noch der Gemeindebehörden irgend welche bestimmte Angaben und Auskünfte betreffend die Entschädigung für die Verluste erhalten hätten, nun kein anderer Weg mehr übrig bleibe als an die Oeffentlichkeit zu gehen. Während Häuser- und Sachschäden ersetzt würden, hatte man für die Hinterbliebenen nur Kanzleitroste. Stets würde die Bedürftigkeit in den Vordergrund geschoben. Die Hinterbliebenen müßten nun energisch ihr Recht verlangen; wenn die Opfer auch zum größten Teil „nur“ Arbeiterkinder gewesen seien, so waren es eben doch auch Menschen, die ohne jedes Verschulden dem kriegerischen Wahnwitz zum Opfer gefallen seien. Die Oeffentlichkeit habe auch das größte Interesse daran, zu erfahren, wie es denn sich mit der Fliegerspende verhalte. es seien doch seinerzeit namhafte Summen gespendet worden mit der ausdrücklichen Bestimmung, das Geld für die Hinterbliebenen der Fliegeropfer zu verwenden. Im Durchschnitt seien bis jetzt auf die betroffenen Familien 200 Mk. gegeben worden, einzelne Leute hätten 500 Mk., andere 350, 800 Mk., wiedere andere 100 und noch weniger erhalten. Die ständig gleichbleibende Antwort des badischen Ministers des Innern auf die meisten der Eingaben laute: Eine Vorentschädigung könne nicht gewährt werden, da die bei dem Fliegerüberfall getötete Person damals noch nicht den Unterhalt der Eltern ganz oder überwiegend bestritten habe. Damit würden alle Eingaben abgefertigt.

Ein Kapitel für sich bilden die Kämpfe, die man mit der Bürokratie durchzufechten hat, bis man mal eine Unterstützung erhält. Das Verhalten der städtischen Beamten ist einfach ein Skandal. So erhielt eine Frau die Krankenhauskosten für ihr schwerverletztes Kind, sowie auch die Beerdigungskosten, als es starb erst nach längerer Eingabe bezahlt. Einer anderen Frau wurde auf dem Bezirksamt bei einem Verhör erklärt: „Denken Sie sich, Ihr Sohn wäre 18 Jahre alt gewesen und totgeschossen worden, dann wäre er auf dem Felde der Ehre gefallen!“ Das ist also der Beamtentrost für eine unglückliche Mutter. Bei einer Erhebung, die der Kontrolleur Häffner vom Kriegsunterstützungsamt bei einer Frau machte, sagte dieser Herr: „Hätten Sie das Kind nicht zum Zirkus geschickt, dann hätten Sie es noch!“ Weiter wurde seitens der Kriegsunterstützungskommission mitunter das dem Soldaten von Rechts wegen zustehende Unterstützungsgeld als aus der Fliegerspende erhalten angerechnet.

Was nun die Höhe der Entschädigung anbelange, so seien 1000 Mark für jedes Lebensalter wohl nicht zu hoch gerechnet. Nehme man nur 1 Mk. im Tage als Erziehungskosten, Wohnung, Kleidung usw. für ein Kind, so mache der Betrag bei einem 12jährigen Kinde schon an 4400 Mk. aus. Wir sind nicht schuld an dem Kriege, ebensowenig die unschuldigen getöteten Kinder; hatte der Staat Zeit und Gelegenheit, dem Wahnwitz des Krieges Milliarden zu geben, so muß er endlich auch einmal an die Zahlung dieser Blutschuld denken. Zum Schluße schlug Redner folgende Resolution vor, deren Annahme er empfahl:

Die heute, 26. Januar 1919, im „Goldenen Adler“ versammelten Hinterbliebenen der Fliegeropfer erwarten von der neuen Volksregierung, daß sie alle Kraft einsetzt, um endlich einmal uns zu unserem guten Rechte zu verhelfen.

Hunderte hoffnungsvolle, blühende Kinder, sowie viele Frauen und Männer fielen in der Heimat dem mordenden Kriege zum Opfer. Ebenso wurden viele verletzt, sodaß dieselben für ihr ganzes Leben geschädigt sind. Alle sind Opfer für das Vaterland.

Schon jetzt fordern die Versammelten, daß die badische Volksregierung eine Vorentschädigung unter Vorbehalt weiterer Ansprüche auszahlt und zwar unter Wegfall der Bedürftigkeitsklausel.

Weiter erwarten die Versammelten, daß die Regierung mit Nachdruck für eine volle Entschädigung bei der Reichsregierung eintritt. Die Hinterbliebenen verlangen, daß mindestens 1000 Mark Erziehungskosten für jedes Lebensalter der Getöteten festgesetzt werden.

Von der Reichsregierung erwarten wir, daß dieselbe, selbstverständlich auch unter Wegfall der Bedürftigkeitsklausel, die Blutschuld in aller Kürze zur Auszahlung bringt.

Die anschließende sehr ausgedehnte Aussprache bildete eine einzige Anklage gegen die staatlichen und städtischen Behörden. Da erzählt ein Mann, der seit Anfang des Krieges im Felde war, daß er im Juli 1916 telegraphisch heimgerufen wurde, seine Frau war ein Opfer des Fliegerangriffs geworden. Er ging aufs Rathaus, um sich wegen der Deckung der Kosten zu verständigen; es wurde ihm gesagt: er solle machen, daß er schleunigst wieder ins Feld komme, als Soldat hätte er genug. Er mußte seine Wohnung räumen, nach und nach seine Möbel verkaufen. Von der Großherzogin erhielt er 10 Mk. — zehn Mark — und dazu den Rat, er solle Kriegsanleihe zeichnen — Eine Frau teilt mit, daß sie ihren 14jährigen Sohn verloren habe, der Mann war im Feld, niemand kümmerte sich um sie. Als sie auf Veranlassung einer Frau aufs Rathaus ging, um eine Erstattung ihrer Kosten zu verlangen, erhielt sie den Bescheid: Hätten Sie Ihr Kind nicht zum Zirkus geschickt, ich habe das meinige auch nicht hingelassen. Als sie in der Angelegenheit eines zweiten Sohnes, der infolge des Fliegerüberfalls nervenleidend wurde, auf der Polizeidirektion vorsprach, wurde ihr gesagt: Ihren Sohn hätte ja auch der Blitz erschlagen können, oder ein Förster hätte ihn totschießen können, dann hätten Sie auch nichts erhalten. — Einem Mann gegenüber, dessen Sohn ins Diakonissenhaus gebracht wurde, war die erste Frage dort, wer die Kosten zahle. — Ein junger Mann, der beim letzten Fliegerangriff schwer verwundet wurde, dann ¼ Jahr im Krankenhaus lag, jetzt noch nicht hergestellt ist und voraussichtlich das ganze Jahr 1919 noch arbeitsunfähig sein wird, wartet noch heute auf Antwort auf eine Eingabe, die er vor 8 Wochen ans Bezirksamt gerichtet hat. — Einer anderen Familie wurde der 12 Jahre alte Bub getötet. Der schwerkranke Vater (Stirnhöhlenvereiterung) wurde aufs Rathaus zitiert, auf Zimmer 98 erhielt er den tröstlichen Bescheid: Sie gehören ins Feld! Am nächsten Tage kam ein Mann vom Armenrat in die Wohnung der Leute und sagte: „Sind Sie froh, daß Sie eins weniger haben!“ Herr Bürgermeister Horstmann gab 40 Mk. her mit der Erklärung: Sehen Sie, daß Sie durchkommen. Herr Zirk meinte, die Familie bräuchte nicht daran denken, daß sie etwas erhielte, „erst kämen andere Leute, die mehr an ihre Kinder gehängt hätten“. — Einer Frau wurde bei einem der letzten Angriffe der Mann getötet, sie hat 7 unerwachsene Kinder, erhielt 100 Mk.; als sie dann in der Zeitung las, daß eine Gräfin 400 Mk. gespendet habe für das Opfer jenes Angriffs, habe sie auf dem Rathaus gefragt, was mit dem Gelde sei, ihr Mann wäre doch das einzige Opfer jenes Angriffs gewesen. Sie erhielt 80 Mk. und den schönen Rat: Einteilen!

Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser grassesten Fälle, sie dürften genügen, um unsere eingangs vorgebrachte Forderung nach einer zweiten Revolution zu rechtfertigen. Wir meinen, mit eisernem Besen gehört einmal in diese Amtsstuben hineingefahren, wo diese kalten, engherzigen, gefühllosen Menschen sitzen, die den Krieg, die ganze Not der Zeit ohne das geringste Empfinden haben an sich vorüber gehen lassen. Auf diese Posten, vom Bürgermeister bis zum letzten Bürobeamten, da gehören die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, die Gefühl und Empfinden für ihre Mitmenschen haben, und jene Bürokratenseelen sollten einmal vier Jahre lang wirklich das „Durchhalten“ kennen lernen. Vielleicht würde ihnen dann die Menschlichkeit wiederkehren.

Ein Vertreter der vorläufigen Volksregierung erklärte, daß das Reich für die Schäden aufzukommen habe. Es sei zu hoffen, daß in Bälde ein Gesetz über die Gewährung der Entschädigungen für die persönlichen Schäden herauskommen werde. Die Versammlung möge eine Eingabe an die Reichsregierung machen, die badische vorläufige Volksregierung würde eine solche Eingabe aufs tatkräftigste unterstützen.

Zum Schluße wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren Althöhr, Bönsel, Erb, Föhnle, Glockner, Hasenmeier, Fester, Olechnowitz, Schaub, Schuhmann und Wagenbach, die die weiteren Schritte unternehmen wird. Vor allem wird es auch Aufgabe der Kommission sein, nähere Feststellungen über die Verausgabung der Gelder der sogen. Fliegerspende zu machen.

*

Alle Interessenten werden gebeten, ihr Material an Herrn Schriftsetzer Friedrich Bönsel, Karlsruhe, Waldhornstr. 32, 4. St. einzusenden; auch ist Herr Bönsel jeden Abend nach 6 Uhr sowie Sonntag nachmittags von 1—3 Uhr zu sprechen.

## Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 28. Januar.

### Die Lohnbewegung der Gastwirtsgehilfen.

Am 24. Januar verhandelten im Restaurant Moninger die Vertreter der Gastwirtsgehilfen mit den Wirten über den von den Angestellten in den Versammlungen vom 15. und 22. Januar aufgestellten Tarif, der die Einführung fester Löhne und die Beseitigung des Trinkgeldes fordert. Die Wirte hatten in ihrer am 22. tagenden Versammlung diese Forderungen bekanntlich abgelehnt mit der Begründung, daß das Gastwirtsgewerbe nicht unter den Achtstundentag falle und daß andernteils die Bezahlung dieser Löhne den Ruin des Gewerbes bedeuten würde. — Dem wurde von den Gehilfenvertretern entgegengehalten, daß nach einer vom Demobilmachungsamt eingeholten Auskunft, das Gastwirtsgewerbe wohl unter den Achtstundentag falle. Die Forderung der Einführung fester Löhne sei auch nicht neu, sondern es sei seitens des Verbandes der Gastwirtsgehilfen schon vor dem Kriege wesentliche Vorarbeit in dieser Beziehung geleistet worden. Auch fuße die nicht lediglich auf materieller Grundlage, sondern es seien vor allem ethische Momente maßgebend. Im übrigen sind die geforderten Löhne nicht wesentlich höher — wie an Hand von Beispielen nachgewiesen wurde — wie in anderen gelernten und ungelernten Berufen, wenn man noch in Betracht zieht, daß der Verbrauch an Wäsche und Kleidung bei einem Kellner wesentlich höher ist wie bei irgend einem anderen Arbeiter oder Angestellten. Der Einwand der Wirte, daß die Zahlung dieser Löhne ihr Ruin sein werde, können die Gehilfen nicht beipflichten, es hat sich vielmehr in Berliner Betrieben, wo ab 15. Januar feste Löhne gezahlt werden, herausgestellt, daß teilweise schon ein Aufschlag von 10—12 Prozent genüge, um diese Mehrbelastung herauszuholen. Muß doch der Konsument bei allen Dingen den Lohn, der im Preis der Ware enthalten ist, mitbezahlen; diese Einkalkulierung des Lohnes müsse auch im Gastwirtsgewerbe möglich sein. Eigentümlich ist weiter, daß die Unternehmer die Löhne der Köche, die sich in derselben Höhe bewegen, wie die der Kellner, anerkennen, während sie Forderungen der Kellner ablehnen.

Die Parteien einigten sich nun dahin, ihren Mitgliedern vorzuschlagen, zunächst einen Uebergangstarif einzugehen, der Monatslöhne von 60 Mk. für das Hilfspersonal bis zu 120 Mk. für das Bedienungspersonal vorsieht, wobei natürlich das Trinkgeld in seiner alten Form weiterbestehen bleibe. Der Vorschlag der Wirte, ein Landeskonferenz einzuberufen, um die Frage für das ganze Land zu regeln, fand Zustimmung, wenn die Einberufung dieser Konferenz sofort veranlaßt würde. Natürlich könne aber die Einberufung dieses Kongresses die Einführung des Tarifes für Karlsruhe nicht aufhalten. Das Ziel der Gehilfenorganisation aber bleibt die vollständige Beseitigung des Trinkgeldwesens.

**Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.** Wir machen nochmals auf die morgige Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins abends halb 8 Uhr im Saale zum „Löwenrachen“ (Passage) aufmerksam. Der Vorsitzende des Vereins, Stadtrat Geck, gibt einen Rückblick über die Wahlen zur Nationalversammlung. Außerdem spricht Stadtrat Schockinger, Mitglied der Volksregierung, über „Volksregierung und Nationalversammlung“.

**Malerversammlung.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, findet am Mittwoch nachmittag 5 Uhr im „Auerhahn" eine öffentliche Malerversammlung statt, auf die auch an dieser Stelle hingewiesen sei. Die Verhältnisse im Malergewerbe erfordern unter den neugeschaffenen Bedingungen eine gründliche Aenderung.

**Peter Hoffmann †.** Gestern vormittag ist Domänendirektor a. D. Peter Hoffmann nach vorausgegangener kurzer Krankheit im Alter von 77 Jahren gestorben. Der Verstorbene war früher bei der Gräfl. Douglas'schen Vermögensverwaltung tätig und lebte in den letzten Jahren hier im Ruhestand. Politisch wirkte er in der konservativen Partei und hat öfters in Fragen der Land- und Gutswirtschaft beachtenswerte Artikel geschrieben. Jeder, der ihm im Leben begegnete, lernte seine liebenswürdigen und vornehmen persönlichen Eigenschaften schätzen.

**Die freireligiöse Gemeinde** schreibt uns: Am Sonntag, 2. Februar, vormittags ½11 Uhr, hält Herr Prof. Artur Drews einen interessanten Vortrag, worauf wir heute schon hinweisen.

**Fälligkeit der Militär-Renten am 29. Januar 1919.** Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gebührnisse bei den Postanstalten am 29. Januar 1919 stattfindet. Zur Vermeidung von Weiterungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Bezüge noch im Fälligkeitsmonat abzuholen.

**Personenwechsel im Badischen Eisenbahnerverband.** Anstelle des in die Badische Nationalversammlung gewählten Herrn W. Müller wurde Rangierer Emil Benz-Karlsruhe zum 1. Vorsitzenden des Badischen Eisenbahnerverbandes gewählt. Verbandssekretär Alex Heini übernimmt wieder die Geschäftsführung des Verbandes und die Schriftleitung des „Badischen Eisenbahners".

**Konzerthaus.** Wegen mangelhafter Eisenbahnverbindung verzögert sich die Rückkehr des Herrn Neugebauer aus seinem Gastspielurlaub. Es wird deshalb heute Dienstag den 28. Januar „Hannerl" statt „Liebe im Schnee" aufgeführt.

**Schwere Körperverletzung.** In einer Wirtschaft in der Kronenstraße bekamen am Samstag abend zwei Brüder — Elsässer Korbmacher — mit einem Arbeiter Wortwechsel, in dessen Verlauf einer der Täter dem Arbeiter mit einem Rehmesser zwei erhebliche Schnittwunden im Gesicht und am Halse beibrachte. Der Schwerverletzte wurde nach dem städt. Krankenhaus verbracht; die beiden Täter verhaftet.

# Letzte Nachrichten.

### Deutsche Vorbereitung für die Konferenz.

**Berlin,** 27. Jan. Das Kabinett hat heute früh getagt, um über die technischen Vorbereitungen zur Friedenskonferenz zu beraten. Es wurde beschlossen, daß alle Fäden in dieser Frage nicht bei der Reichsregierung d. h. bei den Volksbeauftragten, sondern beim Auswärtigen Amte zusammenlaufen sollen. Täglich werden sich die zuständigen Staatssekretäre mit der Frage befassen.

### Deutschland bekommt nichts.

**WTB. Berlin,** 27. Jan. Wie der amerikanische Pressedienst aus Washington ergänzend meldet, wurde bei der Bewilligung des 100 Millionen Dollar-Kredits vom Senat zur Bedingung gemacht, daß das Geld zur Unterstützung außerhalb der Mittelmächte verwendet werde. Das Repräsentantenhaus bestimmte, daß das Geld nur für Hilfe außerhalb Deutschlands verwendet wird.

### Waffenstillstandskommission.

**WTB. Berlin,** 27. Jan. Deutscherseits wurde den Ententevertretern eine Note überreicht, die die Alliierten ersucht, sofort mit dem weiteren Abtransport der in Heidar Pascha zusammengezogenen deutschen Truppen durch das Mittelmeer zu beginnen. Teile dieser Truppen sei von der Entente schon vor Weihnachten auf Frachtdampfern untergebracht worden, welche außerhalb der Molen des Marmarameeres ankerten. Dieses bedeute bei den jetzt dort herrschenden Stürmen eine außerordentliche Härte. 3000 Mann seien ferner nach der Insel Frinkipo und 1100 Mann nach der Insel Haiti übergeführt worden. Diese Truppen seien ohne jede Etappeneinrichtung und dadurch auf die Hilfe der Entente angewiesen. Die deutsche Note bittet um Auskunft, ob die Entente den auf den beiden Inseln befindlichen deutschen Truppen auch wirklich die nötige Fürsorge leiste. Zugleich stellt sie fest, daß im Gegensatz zu den gegebenen Versprechen noch keine Mitteilung über das Schicksal der deutschen Truppen im gesamten Gebiete des Schwarzen Meeres von der Entente eingegangen ist. Auch die deutsche Bitte, eine Postverbindung mit diesen Truppen zuzulassen, sei noch unbeantwortet geblieben.

### Nationalversammlung in Weimar.

**WTB. Berlin,** 28. Jan. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar ab Vorbereitungen und Fraktionssitzungen vorangehen. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion versammelt sich bereits am Dienstag zu einer konstituierenden Sitzung.

**WTB. Weimar,** 27. Jan. Die auswärts verbreiteten Meldungen, in Weimar drohe eine Ueberfüllung wegen der bevorstehenden Nationalversammlung sind unbegründet. Es sind in zwei Tagen bis jetzt schon Unterbringungsgelegenheiten für 3000 Personen bereitgestellt, sodaß, soweit an der Nationalversammlung beteiligte Persönlichkeiten in Frage kommen, für die Wohngelegenheit Nachbarstädte nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen. Auch für die Verbindungsmöglichkeiten werden alle geeigneten Vorkehrungen getroffen.

**Berlin,** 28. Jan. Wie dem „Berl. Tageblatt" berichtet wird, ist dem Berliner Freiwilligenregiment Reinhardt der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. 2 Bataillone des Regiment werden bereits in den nächsten Tagen nach Weimar entsandt und dort untergebracht werden. Die Truppen sollen den dort befindlichen Behörden nicht als Polizeimacht angegliedert werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

### Sozialistische Konferenz.

**WTB. Bern,** 27. Jan. Die internationale sozialistische Konferenz hielt am Sonntag unter den bisher erschienenen Delegierten vorbereitende Sitzungen ab, die sich besonders mit der Frage des Stimmenverhältnisses auf der kommenden Konferenz befaßten und die vorbereitenden Schritte zur Klärung der Völkerbundsfrage guthießen. Der Zentralvorstand der schweizerischen sozialistischen Partei hat für den nächsten Samstag und Sonntag einen Parteitag einberufen, um über die Teilnahme an der internationalen Konferenz schlüssig zu werden. Der Zentralvorstand hat mit 27 gegen 17 Stimmen einen Beschluß auf Teilnahme angenommen.

**WTB. Berlin,** 28. Jan. Das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands widmet dem Zusammentritt der sozialistischen Konferenz in Bern einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß in Deutschland die sozialen Errungenschaften der Revolution nur dann erhalten werden können, wenn die Konkurrenzländer der deutschen Industrie sich zu den gleichen Einrichtungen verstehen.

**WTB. Bern,** 27. Jan. Wie die „Humanité" mitteilt, hat die französische Regierung beschlossen, den Delegierten der spanischen Arbeiterpartei das Visum der Pässe für die Berner Konferenz zu verweigern. Die Delegierten sitzen an der spanisch-französischen Grenze fest.

Die Generalkommission erhebt, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, eine schwere Anklage gegen die Sozialisten der Entente. Letztere haben in den besetzten Landesteilen Deutschlands nichts eiligeres zu tun, als die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, die Löhne zu reduzieren, die Arbeitszeiten zu verlängern. Für die Friedenskonferenz werde Deutschland, wie es in dem Blatt weiter heißt, mit einem wohldurchdachten Programm für die internationale Sozialpolitik heraustreten.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

**Eheaufgebote.** Karl Kistner von Forchheim, Fabrikarbeiter hier, mit Karolina Horn, von Gockshein. Karl Steinbach von hier, Elektromonteur hier, mit Emilie Stöffler von Wörth a. Rh. Oswald Schiemann von Großbeckern, Friseur hier, mit Klara Höhr von hier. Albert Setzkorn von Hackenwalde, Landwirt hier, mit Margareta Diedrich von Schweinfurt.

**Eheschließungen.** Johann Haber von Legelshurst, Metzger allda, mit Franziska Huber von Herztal. Karl Zug von hier, Koch hier, mit Franziska Rauch von Asch. Leo Zloczower von Wisnitz, Geschäftsführer hier, mit Rosa Fuchs von hier. Gregor Hauer von Schapbach, Taglöhner hier, mit Elisabeth Lauterbach Wwe. von Köln. Friedrich Kleeattel von Langlau, Lokomotivheizer hier, mit Emma Linder von Lagsfeld. Johannes Heinze von Frankfurt a. M., Bankbeamter hier, mit Malwina Godin von Dendermonde. Karl Kaiser von Thiengen, Lademeister hier, mit Karoline Eisenmann von Hugsweier. Emil Fetzner von Spöck, Maschinenarbeiter allda, mit Luise Grimm von Blankenloch. Richard Gsell von hier, Regisseur in Mannheim, mit Ilse v. Raven von Postelwitz. Johannes Burg von hier, Schlosser hier, mit Lina Buck Wwe von Gnielingen. Wilhelm Krauß von Flehingen, Schutzmann hier, mit Ida Schwarz von Oestringen.

**Verantwortlich:** Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kadel;** für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter;** für den Anzeigenteil **Gustav Krüger,** sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

## Vereinsanzeiger.

**Durlach.** (Sozialdem. Verein) Morgen Mittwoch abend 8 Uhr findet im „Lamm" eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung im Lokal. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Volksfreunde sind willkommen. 785

## Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1,32 Meter, gest. 2 Ztm.; Kehl 2,27 Meter, gest. 4 Ztm.; Maxau 3,98 Meter, gef. 6 Ztm.; Mannheim 3,04 Meter,

**Unabhängige sozialdem. Partei Karlsruhe.**

Den Parteimitgliedern, die sich an dem Unterricht zu beteiligen wünschen, diene zur Kenntnis, daß als erstes Thema das Erfurter Programm, als zweites das Kommunistische Manifest und als drittes die materialistische Geschichtsauffassung festgesetzt sind. In der Gewerkschaftszentrale Kaiserstraße 13, findet am Mittwoch, den 29. Januar, abends punkt ½8 Uhr, der Beginn des Unterrichts ohne Restaurationszwang statt. 778 **Der Vorstand.**

**Dirigent**

(bewährte Kraft) von gutem Gesangskörper (60—80 Sänger) auf sofort gesucht. Wöchentlich eine Singstunde. — Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 790 an die Geschäftsstelle des „Volksfreund" erbeten

**Gesucht**

mehrere Haus- und Küchenmädchen, Mädchen, die selbständig kochen können für Gastwirtschaften, Mädchen für Privathaushalt, sowie Aushilfskellnerinnen durch 784

**Frau Rosa Brenk**

gewerbsmäßige Stellenvermittelung, Durlach, Hauptstr 71 II.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern**

werden fortwährend angekauft in

**Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft,** 356

Kronenstr. 52, Tel. 3747.

**Blusen, Kostüm-Röcke, Pelze und Damenhüte**

erhalten sichere Leute auf Teilzahlung. 779

Nur neue moderne Sachen.

**Evertz & Co.,** Hirschstr. 38 1 Treppe.

Fernruf Nr. 3471.

Soeben erschien neu in 250. Auflage: **Hygiene der Ehe**

**Ärztlicher Führer für Braut- und Eheleute** 6106

**von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.**

Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organe. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser **nicht** heiraten sollten! usw. — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen **vor** der Ehe. — Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen **Gefühlskälte.** Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Hysterische Anfälle usw. Bezug gegen Einsendung von M. 2 — franko oder gegen Nachnahme dch. Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 87.

**Touristen-Verein „Die Naturfreunde"**

**Ortsgruppe Karlsruhe.**

**Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr,** im Saale der Restauration „Auerhahn", Schützenstraße

**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 782

1. Berichte; 2. Anträge; 3. Neuwahlen; 4. Verschiedenes.

Anträge sind bis 3. Februar beim Vorstand schriftlich einzureichen. **Der Vorstand.**

## Bekanntmachung.

**Die Kontrolle demobilisierter Militärpersonen.**

Nach Mitteilung der französischen Militärbehörde müssen nur diejenigen Heeresentlassenen deutschen Militärpersonen, welche in die neutrale Zone jetzt vom 1. Januar 1919 zugezogen sind und dort vor dem 1. August 1914 nicht gewohnt haben, die neutrale Zone baldigst verlassen. Von dieser Maßnahme sind vorerst ausgenommen:

1. Alle Angestellten und Arbeiter des Staats- und Gemeindedienstes und die Angestellten aller öffentlich-rechtlichen Organisationen.

2. alle Lehrer und Schüler öffentlicher sowie staatlich anerkannter privater Lehranstalten,

3 die Angestellten der Banken und sonstigen Kreditinstitute.

Um zuverlässige Verzeichnisse der unter diese Ausnahmevorschrift fallenden Personen zu erhalten, deren Namen aus den allgemeinen Listen herausgezogen werden müssen, ersuchen wir die in Betracht kommenden Behörden, Lehranstalten, Banken usw. bis **zum 30. ds. Mts.** eine Liste der bei ihnen beschäftigten Personen dieser Art beim Städtischen Statistischen Amt (Rathaus) einzureichen. Die Liste muß enthalten: Vor- und Zunamen, Geburtstag, Geburtsort, Wohnsitz vor dem Kriege, Zivilberuf mit Angabe der jetzigen Dienststelle, militärischer Dienstgrad, Tag der Entlassung aus dem Heeresdienst, Tag des Zugangs in die neutrale Zone.

Für die hiesigen Listen kommen nur die in Karlsruhe wohnhaften demobilisierten Militärpersonen, d. h. die während des Krieges tatsächlich im Heeresdienst gestanden haben, in Betracht. Hier beschäftigte, aber auswärts wohnhafte Personen erscheinen nicht in dem hiesigen Verzeichnis, sondern in der Liste ihrer Wohnsitzgemeinde.

**Karlsruhe,** den 27. Januar 1919. 791

**Das Bürgermeisteramt**

**Flechten, Wunden,** offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe".** Preis 1.80 u. 3.50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Ruminten 7.** 6514

**Zivil-Anzüge für entlassene Mannschaften.**

Es mehren sich die Fälle, in denen die aus dem Heeresdienst entlassenen Leute ihren Marschanzug gegen einen Zivilanzug umtauschen wollen. Es ist jedoch trotz erneuter Steigerung des Betriebs der Bekleidungsämter die Wünsche Hunderttausender nur allmählich erfüllt werden können und die Anfertigung der Anzüge noch Monate dauern wird, können vorerst nur die im besetzten Gebiet beheimateten Leute mit Zivilanzügen versehen werden.

Mit der Ausgabe von Zivilanzügen an alle anderen Leute werden noch viele Wochen vergehen; die Ausgabe wird seinerzeit in den Tagesblättern bekannt gegeben. Ueberweisung erfolgt an die Ersatztruppenteile und die Bezirkskommandos nach und nach. Die Leute, die zu entlassen sind, werden sodann von ihrem Truppenteil und die bereits Entlassenen ausschließlich von den Bezirkskommandos mit Zivilkleidern versehen.

Es ist vorgekommen, daß Leute, die nach dem Inland entlassen sind, versuchen, einen Zivilanzug zu erhalten mit der Begründung, nach dem besetzten Gebiet oder ins Ausland reisen zu wollen. Verabfolgung kann erst erfolgen, wenn die Leute sich vorschriftsmäßig beim Bezirkskommando nach dem betr. Ort im besetzten Gebiet bezw. Ausland abgemeldet haben.

Die Anweisung und Verabfolgung der Zivilanzüge erfolgt ausschließlich durch die zuständigen Ersatztruppenteile bezw. Bezirkskommandos; andere Stellen — wie Generalkommando oder Intendantur, sowie Bekleidungsamt und dessen Dienststellen — kommen dafür nicht mehr in Frage.

Für die in den Landwehrbezirk Rastatt entlassenen Leute wurde für die Abgabe von Bekleidungsstücken für das Bezirkskommando Rastatt das Ers.-Batl. Füs.-Rgt. 40 in Gernsbach beauftragt. Die Leute haben sich jedoch vorher vom Bezirkskommando Rastatt, das die Ansprüche prüft, eine entsprechende Bescheinigung zu verschaffen.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß grundsätzlich nur Leute, die nach dem 9. 11. 18 infolge Demobilmachung vom **Landheer** entlassen wurden, auf die unentgeltliche Ueberlassung eines Anzugs Anspruch haben. Beim Generalkommando und der Intendantur laufen fortwährend eine Unmenge Gesuche ein, um Verabfolgung eines Entlassungsanzugs von Leuten, die vorher, zum Teil vor Jahresfrist, infolge Kriegsdienstbeschädigung oder Reklamation entlassen wurden, ja sogar von Eltern und Witwen für ihre gefallenen oder verstorbenen Angehörigen. Bei der herrschenden Arbeitsüberlastung kann mit einer Beantwortung solcher Gesuche vorerst nicht mehr gerechnet werden, um so weniger, als sie nach Lage der Bestimmungen nicht berücksichtigt werden können.

Wegen den vor dem 9. 11. 18 Entlassenen wurde erneut beim Kriegsministerium beantragt, diesen Leuten in besonderen Fällen ebenfalls einen Anzug verabfolgen zu dürfen. Nach Eingang der Entscheidung erfolgt Bekanntgabe in den Tagesblättern.

**Landesausschuß badischer Soldatenräte.**
Gebhy.

**V. f. d. Gen.-Kds.**
Der Chef des Stabes:
Gudowius,
Major 789

**Daniels Konfektionshaus**

**Wilhelmstr. 34, 1 Tr.**

**Pelze, Muffe**

zu billigen Preisen. 601

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

**Vermögens-Aufstellung**
**Einkommens-Feststellung**
**Bücher-Einrichtung**
**Bücher-Ordnung**
**Steuer-Erklärung**
auf gesetzlicher Grundlage übernimmt persönlich — streng verschwiegen 788

**Oskar Kleinert**

Buchhalter — Bücherrevisor

Kurvenstraße Nr. 15 II.

**Wäsche jeder Art** wird zum **Ausbessern und Flicken** angenommen 790

**Rheinstraße 18, Hinterhaus.**

**Reinliche saubere Frau**

zum Putzen für Samstag auf einige Stunden gesucht.

**Frau Weiß**

775 **Hirschstraße 142.**

**Taschenuhren**

auch reparaturbedürftig, kauft

**Levy,** An- u. Verkaufsgeschäft 360

**Markgrafenstraße 22.**

**Billig abzugeben.**

Neu: **Schwarzer Damenmantel, blaues Kostüm, Größe 44, schwarzer Krimmerrock,** ferner **schwarzer Pelz mit Taschenmuff.** 777

**Kaiserstraße 122, 5. St. links,** Eingang Waldstraße.

**Verloren** Sonntag nachts zwischen 10 und ½11 Uhr **schwarzer Herrenpelzkragen** von Hauptbahnhof bis Adlerbahnhof über Marie-Alexandrastr. Abzugeben gegen gute Belohnung bei Frau **Haupt,** Durlacher Allee Nr. 4 II, oder A. **Altenburger, Ettlingen,** Leopoldstraße 8. 786

# Aufruf!

Unter der großen Zahl deutscher Kriegsgefangener in Feindesland befinden sich viele Tausend Badener.

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz hat sich durch seine Gefangenenfürsorge mit seinen zahlreichen Zweigstellen im Lande seit vier Jahren treu und eifrig um ihr Los gemüht. Die Nachforschungen nach Vermißten, die Unterstützung der Bedürftigen, die Uebersendung von Kleidungsstücken und Wäsche, die Vermittelung von Paket- und Geldsendungen der Angehörigen waren schwierige, doch gerne übernommene und durchgeführte Aufgaben. Der Landesverein hatte sich dabei dauernd großer Unterstützung im Lande zu erfreuen.

Die jetzige große Bewegung in der Heimat unter dem Namen „Reichsbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener", dem sich auch der Badische Landesverein angeschlossen hat, ist der Notschrei des deutschen Volkes um die endgültige und baldige Rückgabe seiner Söhne. Alle, die sich der neuen Bewegung anschließen wollen, sind uns willkommen.

Der Badische Landesverein und seine Gefangenenfürsorge sind sich bewußt, daß bis zur endlichen Rückkehr unserer Gefangenen und auch bei ihrer Rückkehr selbst noch viele Unterstützungsaufgaben zu erfüllen sind. Hierzu bedarf aber der Landesverein weiterer bedeutender Mittel. Es gilt daher neue Möglichkeiten, neue Mittel zu schaffen.

**Landsleute gebt! Gebt freudig! Gebt reichlich! Gebt alle!**

Gaben werden bei allen durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen der im Lande befindlichen Banken, Sparkassen, Vorschußvereine, Postämter und sonstigen Geschäften, den Sammelstellen der Orts- und Bezirksausschüsse des Roten Kreuzes, insbesondere bei der Depotabteilung, oder durch Ueberweisung auf das Postscheckkonto der Depotabteilung des Badischen Landesvereins für die Gefangenen-Fürsorge-Sammlung Nr. 17300 Karlsruhe angenommen.

## Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende: Max Prinz von Baden. Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes: General Limberger, Karlsruhe.
Der Leiter des Landesausschusses der Badischen Gefangenenfürsorge: Universitäts-Professor Dr. Partsch, Freiburg.
Der Vorsitzende der Depot-Abteilung: Dr. Stroebe, Karlsruhe.

776

---

**Tanz-Unterricht**

Anfangs Februar beginnen noch weitere erstkl. Nachmittags und Abendkurse. Gefällige Anmeldungen Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr im Gasthaus „Zur Rose", Amalienstraße 87, und Kapellenstraße 16 von 12 bis 2 Uhr.
Hochachtend 620
**Alfred Trautmann**
Operettentenor und Lehrer der Tanzkunst.

---

**Danielskonfektionshaus**
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
**Billiges Angebot!!**
**Für die Tanzstunde:**
Etwas angetrübte 653
**weisse Voilekleider**
**Tüll- und Voilebluse.**

---

**Rasier-Klingen**
(Gillete), werden haarscharf geschliffen, Stck. 10 Pfg. 651
Kaiserstr. 34, Laden.

---

**Pfannkuch & Co**
Neues
**Sauerkraut**
Pfund 33 Pfg.
bei 5 Pfund 32 Pfg.
bei 10 Pfund 30 Pfg.
eingemachte
**rote Rüben**
(rote Beete)
Pfund 50 Pfg.
**Salzgurken**
**Essiggurken**
empfehlen 774
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

---

## Bekanntmachung.

**Zulassung zum Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs betr.**

Es wurde in der letzten Zeit vielfach beobachtet, daß sich entlassene Kriegsteilnehmer dem Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zuwenden, ohne die hierfür erforderliche bezirksamtliche Genehmigung zu besitzen. Das Landespreisamt (Kriegswucheramt) macht daher erneut darauf aufmerksam, daß die badische Verordnung vom 19 April 1916 nach wie vor unverändert in Kraft ist. Hiernach muß jeder, der den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermitteln aller Art, sowie rohen Naturerzeugnissen, Heiz- und Leuchtstoffen beginnt, vorher die Erlaubnis des Bezirksamts seiner gewerblichen Niederlassung einholen. Das Landespreisamt wird auf die Einhaltung dieser Bestimmungen strengstens achten.

Karlsruhe, den 20. Januar 1919. 783

Bezirksamt.

---

## Bekanntmachung.

**Die Kontrolle demobilisierter Militärpersonen.**

Nach Anordnung des französischen Oberkommandos sind die Gemeinden in der neutralen Zone verpflichtet, Listen über die in ihrem Bezirk wohnhaften beeresentlassenen Militärpersonen aufzustellen. Zu diesem Zwecke fordern wir alle deutschen Militärpersonen (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), die während des Krieges im Heeresdienst gestanden haben und jetzt nach ihrer Entlassung in Karlsruhe (einschließlich der Vororte) wohnhaft sind, hierdurch auf, sich in der Festhalle (Gartensaal) zu melden und zwar:

Samstag, 25. Januar, Buchstabe A bis E,
Montag, 27. Januar, Buchstabe F „ J,
Dienstag, 28. Januar, Buchstabe K „ N,
Mittwoch, 29. Januar Buchstabe O „ S,
Donnerstag, 30. Januar, Buchstabe T „ Z.

jeweils in der Zeit von 9 bis 4 Uhr.

Militärpapiere und Entlassungsausweis sind mitzubringen. Wer sich nicht meldet, hat alle aus der Unterlassung etwa sich ergebenden Folgen zu tragen. 714

Karlsruhe, den 23. Januar 1919.

Das Bürgermeisteramt.

---

**Militärstücke** werden in allen Farben **gefärbt.** 380
Färberei M. Weiss
Blumenstr. 17
— Telephon 2866. —

---

**Volksrat Karlsruhe.**
Aufklärungsausschuß.

Dienstag, den 28. Januar 1919, VI. Vortrag
Herr **Gerhard Fils**
**„Volksdienst im neuen Staat"**
(Soziale Fürsorge, Wohlfahrtspflege, Kulturpflege).

Grosser Rathaussaal.
Anfang 7½ Uhr! Eintritt frei!
Freie Aussprache! 783

---

**Zahn-Atelier.**
**Habe meine Praxis neu eröffnet.**
Sprechstunden: Werktags 9—12½ und von 2—6 Uhr
Sonntags 9—12 Uhr.
**Franz Hill,** Dentist.
**Herrenstrasse 3.** 462

---

**Versand- und Kleiderkartons**
in allen Grössen stets vorrätig.
Jede gewünschte Grösse kann sogleich angefertigt werden.
**Joh. Nesselhauf**
Papierhandlung — Buchbinderei
Kartonagenfabrik, Schützenstr. 46.
5968

---

**Email-Geschirre**
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442
**Geschirr-Reparaturanstalt**
Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

---

**Städtisches Konzerthaus.**
Dienstag, den 28. Januar 1919 787
**Vorstellung des Bad. Landestheaters.**
**Dienstagsmiete Nr. 19**
**Hannerl**
**(Dreimäderlhaus 2. Teil.)**
Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert. Musik von Franz Schubert, für die Bühne bearbeitet von Professor Karl Lafite.
Anfang ½7 Uhr. Ende ½10 Uhr.

---

**Verband der Maler und verw. Berufe.**

Am Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Restauration „Zum Auerhahn", Schützenstraße 58, eine

**Oeffentl. Maler-Versammlung**

statt. Tagesordnung:

**Der Verband der Maler während des Krieges und seine nächsten Aufgaben.**

Referent: Kollege Huß, Bezirksleiter.

Hierzu sind alle in Karlsruhe und Umgebung wohnhaften Malergehilfen freundlichst eingeladen.

789 Die Filialverwaltung.

---

**W. MUND, ARCH.**
KARLSRUHE-MAXAUSTR.

---

Empfehle mich in allen in das 691
**Putzfach**
einschl. Arbeiten. Auch Pelze neu- u. umarbeiten bei billiger Berechnung.
**Barbara Werner,**
Werderstraße 80.

---

**Taschenuhren,**
wenn auch reparaturbedürftig werden stets angekauft in
355 **Weintraubs**
**An- u. Verkaufsgeschäft**
Kronenstr. 52, Tel. 3747

---

**Brennholz,**
Buchen und Eichen, zum Strecken der Kohlen, Forlen, Tannen (Anfeuerholz) amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53.
**Fr. Krumpermann.**
Tel. 5206 u. 1504.
Brennholz-Sägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik. 5684

---

**Maler- u. Anstreicher-Arbeiten**
werden bei billigster Berechnung ausgeführt. 687
**Ludwig Artmann,**
Werderstraße 40, 2. St.
**Schilder** werden mit Friedensware ausgeführt

---

**Städt. Vierordtbad** 396
**Versch. Kurbäder**
Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormitt. v. 9 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 2½ bis 7½ Uhr.
Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Samstags auch über die Mittagszeit geöffnet.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.